

**„Wer vor der  
Vergangenheit die  
Augen verschließt,  
wird blind für  
die Gegenwart.“**

Richard v. Weizäcker

Gerhard Gill **Gedanken  
zum Schiffbeker  
Prozess 1925**



**STRAFPROZESSE GEGEN KOMMUNISTEN**

**„Wer vor der  
Vergangenheit die  
Augen verschließt,  
wird blind für  
die Gegenwart.“**

Richard v. Weizäcker

Gerhard Gill **Gedanken  
zum Schiffbeker  
Prozess 1925**



Barrikaden  
in Hamburg

Aufständische wehren  
den Angriff eines  
Panzerwagens der  
Polizei ab. Zeichnung  
von Otto Gröllmann,  
Mitkämpfer in Schiffbek,

1923. (Willi Bredel-Gesellschaft)

**STRAFPROZESSE GEGEN KOMMUNISTEN**

## IMPRESSUM

erschienen im Eigenverlag, 1999  
Vi.S.d.P.: Gerhard Gill - DM 8,80

Fotos:

Gert Krützfeld

und aus: Billstedt's „vergessene Geschichte“,  
Geschichtsgruppe des Stadtteilprojekts  
Sonnenland, Hamburg:

Erhard Dressel

Roger Neukirch

Gert Krützfeld

sowie aus: „Vom Hamburger Aufstand  
zur politischen Isolierung“

- Kommunistische Politik 1923 - 1933

in Hamburg und im Deutschen Reich -

Angelika Voß

Ursula Büttner

Hermann Weber

Landeszentrale für politische Bildung,

Hamburg, 1983

Redaktionelle Mitarbeit: Hilde & Heidi Gill

Gestaltung: Rudi Gill, München

Scans + DTP-Operating: Franz Pagel, München

Filmbelichtung: Robert Wagensonner, München

Druck: Idee - Satz - Druck GmbH, Hamburg

## Inhalt

I.	Vorwort . . . . .	S. 04	VII.	ANGEKLAGTE FRAUEN . . . . .	S. 30
II.	VOM DORF ZUM INDUSTRIE- VORORT . . . . .	S. 07	VII.1.	Anna Otto erzählt . . . . .	S. 31
III.	LEBENSVERHÄLTNISSE 1923 . . . . .	S. 09	VIII.	DEMONSTRATIVES AUFTRETEN . . . . .	S. 32
IV.	DER AUFSTAND IN HAMBURG UND SCHIFFBEK . . . . .	S. 15	IX.	BÜRGERSCHAFTS- SITZUNG AM 24. OKTOBER 1923 . . . . .	S. 34
IV.1.	Das Ende des Kampfes in Schiffbek . . . . .	S. 16	X.	SCHWERPUNKTE UND ERKENNTNISSE . . . . .	S. 39
V.	DIE PROZESSE . . . . .	S. 18	X.1.	Der Schiffbeker Aufstand in der Lokalpresse . . . . .	S. 40
V.1.	Der erste Prozeß . . . . .	S. 18	X.2.	Lokales aus Horn, betr. Herrn Danner . . . . .	S. 41
V.2.	Der Kapp-Putsch . . . . .	S. 19	X.3.	Lebensabschnitte . . . . .	S. 42
V.3.	Die Justiz auf dem rechten Auge blind . . . . .	S. 20	- Rudi Giffey . . . . .	S. 42	
VI.	ERÖFFNUNG DES 2. (SCHIFFBEKER) PROZESSES . . . . .	S. 21	- Wilma Giffey . . . . .	S. 43	
VI.1.	Die ersten Angeklagten . . . . .	S. 22	- Willi Reichert . . . . .	S. 45	
VI.2.	Requirierung, u. a. von Waffen . . . . .	S. 23	XI.	DAS KAMPFGEBIET BARMBEK . . . . .	S. 46
VI.3.	Mißhandlungen . . . . .	S. 24	XII.	BEWEGUNGEN UND KÄMPFE 1924 . . . . .	S. 48
VI.4.	Szene im Panzerwagen . . . . .	S. 25	XIII.	„Aufruf an die Bevölkerung des Amtsbezirkes Schiffbek“, 1923 . . . . .	S. 51
VI.5.	Rechtsanwalt legt Mandat nieder . . . . .	S. 26	XIV.	Anmerkungen und Querverweise . . . . .	S. 53
VI.6.	Der Staatsanwalt sagt nichts Neues . . . . .	S. 27	XV.	Literaturangaben . . . . .	S. 53
VI.7.	Plädoyer Hegewisch (Verteidiger) . . . . .	S. 27	XVI.	Ein lehrreicher Vergleich	S. 55
VI.8.	Einige Streiflichter . . . . .	S. 28	XVII.	Anhang . . . . .	S. 56
VI.9.	Die Geschichtsgruppe diskutiert . . . . .	S. 29	XVIII.	SCHLUSS- BEMERKUNG . . . . .	S. 62

*Für meine Freund  
Gert Krützfeld aus Billstedt*

*HK. 13.5.00 Gerhard Gill*

# I. Vorwort

Meine Arbeit behandelt die Prozesse des Jahres 1925, mit denen die Staats- und Justizorgane auf den Hamburger Aufstand von 1923 reagierten. Wie damals in Deutschland weitgehend üblich, waren die Gerichte anti-kommunistisch, überhaupt einseitig gegen links eingestellt. Gegen Polizei und Justiz stand das offensive Auftreten der Verteidiger und Angeklagten, der Frauen und Männer, die ihren Einsatz im Aufstand als notwendig und unentbehrlich im proletarischen Kampf bezeichneten - in einem Kampf, zu dem die Herrschenden und Mächtigen im Lande sie herausgefordert hatten.

Mir geht es darum, die Motive und Handlungen der Aufständischen darzulegen und die Resonanz dieses Handels in der Bevölkerung und den Staatsorganen zu erfassen. Einbezogen wird auch die dramatische Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom 24. Oktober 1923.

Jüngere Menschen fragen: Was war denn damals los? Wie konnte so etwas passieren? Die Jüngeren haben von ihren Eltern, Bekannten oder in der Schule kaum etwas darüber erfahren. Vielleicht wollen sie aber darüber eine Erklärung haben. Ich mache ihnen und allen anderen, die Interesse an dem Thema haben, mit dieser Arbeit über die Oktobertage 1923 und die folgenden Strafprozesse gegen die KPD ein Angebot.

Ich finde außerdem, daß diese Darstellung für einige meiner älteren Billstedter Freunde und Genossen aus der Arbeiterbewegung, wie Wilma und Rudi Giffey oder Willi Reichert, interessant sein könnte. Sie gehören zu den Menschen (in Hamburg gibt es von ihnen nur noch wenige), die diese Tage erlebt und mitgemacht haben. Sie haben diese Zeit bis heute nicht vergessen.

Sind diese Ereignisse heute eigentlich noch nachvollziehbar? Ich will versuchen, auf einige Fragen eine Antwort zu geben:

Die Mehrheit der Bevölkerung hatte unter den extremen Auswirkungen der Inflationszeit zu leiden. Warum wurde das Leben für sie unerträglich?

Sie äußerten ihre Empörung und Wut. Warum konnte der Kampf dennoch nicht weitergeführt werden? Wie haben sich Vertreter des Kapitals, der reichen Kaufleute (der „Pfeffersäcke“) und der Unternehmer verhalten? Was kann man zur SPD, zur Hamburger Bürgerschaft und zu den anderen Kräften sagen?

Bei der Auseinandersetzung mit dieser Zeit denke ich auch an die Geschichtsguppe Sonnenland, wo der - inzwischen verstorbene - Erhard Dressel mitwirkte. Er hatte Themen aus der Geschichte unseres Stadtteils, vor allem aus der Weimarer Republik und der Nazizeit, im Billstedter Wochenblatt veröffentlicht. Erhard hatte Material gesammelt und Bewohner und Leser im Sonnenland befragt. Gemeinsam mit ihnen und mit Unterstützung des Stadtteilprojektes „Sonnenland“ hatte Erhard auf diese Weise ein lebendiges Bild aus Billstedts jüngster Geschichte vermittelt. Einige Teilnehmer dieser Veranstaltungen denken gern daran zurück. Man konnte vieles erfahren, was einem vorher unbekannt war.

Und mancher wird zu der Einsicht gekommen sein: Prinzipien wie „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ oder „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ galten damals, und sie gelten auch heute.

Muß man sich nicht heute fragen: Warum wehren sich nur immer einzelne? Eigentlich müßte doch die große Zahl all derer, die vom Abbau der demokratischen und sozialen Rechte betroffen sind, viel öfter protestieren und die örtlichen Politiker wie die Regierung unter Druck setzen. Warum wird aus dem Seufzer „Wo soll das alles hinführen“ nicht ein „Bis hierher und nicht weiter“? Ich will aber nicht vorgreifen, denn mein Thema veranlaßt mich, den Faden wieder aufzunehmen.

In Eppendorf, Ohlsdorf und Barmbek haben zum 70. Jahrestag des Hamburger Aufstands Filmvorführungen, Diskussionen mit Historikern und Zeitzeugen sowie eine Podiumsdiskussion im „Museum der Arbeit“ stattgefunden. Es ging um neue Forschungsergebnisse und Standpunkte zum Hamburger Aufstand. In einer Ankündigung zu dieser Veranstaltung hieß es:

„Es ist an der Zeit, den Aufstand aus heutiger Sicht zu bewerten. In der Weimarer Republik und der Nazizeit wurden die Arbeiter zu Mördern gemacht und die im Aufstand getöteten Polizisten zu Helden stilisiert.“

Man sollte auch darüber reden, wie diese historische Zeit in der DDR gesehen wurde. Die Veranstalter sahen im 70. Jahrestag ein wichtiges historisches Ereignis. „Der Aufstand“, so im Text, „hat sich vor allem in dem Stadtteil ereignet, in dem wir heute leben und heute politische Arbeit bestreiten.“ (1) Gemeint war Barmbek. Es wurde die Frage aufgeworfen: Welche politische Position zur Gewalt und zur organisierten Arbeiterbewegung haben wir? Das sind doch Fragen, die auch heute unser Interesse finden.



Die Geschichtsgruppe bei der Einweihung des Gedenksteins für die Opfer des Faschismus – 1993. Erste Reihe von lks.: Charlotte Wagner †, Willi Reichert, Wilhelm Leonhard, Gerti Harms. Zweite Reihe von lks. Gerhard und Hilde Gill, Rainer Schmidt, Erhard Dressel †, Rudi Giffey †, Wilma Giffey.

Nach diesen Veranstaltungen habe ich Material gesichtet und verarbeitet. Dazu gehören Berichte über die beiden Prozesse vom 22. Januar bis zum 18. Februar 1925 und vom 25. März bis zum 26. Mai 1925, außerdem zahlreiche weitere Dokumente und Bilder des Malers Willy Colberg. Dies alles half mir, das Verhalten der Bevölkerung im Jahre 1923 besser zu verstehen und zu bewerten.

Ich hoffe, daß die Leserinnen und Leser mit Hilfe dieser Arbeit eine tiefere Verbundenheit mit Billstedt, mit seinen Bewohnern und vor allem mit der Geschichte der arbeitenden Menschen in unserem Stadtteil gewinnen.

Bei meiner Arbeit haben mich Hans-Joachim Meyer und Markus Gunkel sachkundig mit Vorschlägen und Hinweisen beraten und unterstützt. Dafür gilt ihnen mein besonderer Dank.

Gerd Gill, Hamburg 1998

## II. Vom Dorf zum Industrievorort

Auf der Strecke von Berlin nach Hamburg kommt man vor den Toren der Hansestadt durch ein großes Industriegebiet.

1850 war dieses Gebiet noch Sumpflandschaft und Viehweide, von kleinen Flüssen durchzogen und monatelang von den Elbwassern überflutet. Hamburg brauchte Industrie. Die Industrie brauchte Bauland, Transportwege und Arbeiter hier draußen vor der Stadt. Die Kaufmannschaft wollte eine saubere Luft.

Ein kompliziertes Schleusen- und Deichsystem half, das Gelände auszutrocknen. Sand zum Aufschütten wurde von den nahegelegenen Boberger Sanddünen herangeschafft. So entstand Industriebauland.



Bauernhaus im Dorf Schiffbek

Die Bille, ein Seitenfluß der Elbe, wurde zum billigen Transportweg ausgebaut – für Lastkähne, Abfälle und Abwässer. Die Hamburger Industrieanlagen wucherten von Billbrook aus immer weiter an der Bille aufwärts. Vor Hamburg gelegene Ortschaften wurden eingemeindet. Billstedt war 1850 Ortsgemeinde mit dem Namen Schiffbek, ein beliebtes ländliches Ausflugsziel für die Stadtbewohner. Hier lagen die Sommersitze Hamburger Bürgerfamilien.



Spinnhäuser und Arbeiterwohnquartiere

Die sich ausdehnende Industrie traf Schiffbek dreißig Jahre vor der Jahrhundertwende. Mit einer chemischen Fabrik und der „Vereinigten Jutespinnerei und -weberei“ fing es an. Die Bille, für Lastkähne befahrbar, ver-

wandelte sich in einen stinkenden Abwasserkanal. Ausflügler kamen nun nicht mehr nach hier. Schiffbek 1900 - die Hamburger nannten es jetzt ein unschönes Fabriknest, von ungesunden Dünsten durchzogen. Es gab keine Wasserleitung, keine Kläranlage für die Abwässer. Es gab kein Gas und keine Elektrizität.

Hier wohnten nur Arbeiter. Darunter waren auch Polen und Tschechen, die hier eine neue Existenz suchten. Sie waren die ersten Gastarbeiter für die deutsche Industrie. Die am Ortsrand liegenden Fabriken hielten sie hier fest.



**Fiete Schulze**

Fiete Schulze, in Schiffbek geboren und dort aufgewachsen, sagte später, 1935, in seinem Prozeß: Ich habe eine Jugend gehabt wie jedes Arbeiterkind. Habe die Volksschule besucht, dann ein Handwerk gelernt, später auf den Werften gearbeitet, bis ich 1915 Soldat wurde. Später kam ich zum Balkan an die Front und wurde verwundet. Nach dem Krieg war ich in verschiedenen Betrieben tätig, bis 1923. Ich habe mich an der sozialdemokratischen Bewegung beteiligt bis 1919. 1919 bin ich im

Rahmen der Massenabwanderung zum radikalen Flügel der SPD, zur USPD, übergetreten. 1920 wurde ich Mitglied und Schiffbeker Funktionär der KPD.

Das Sondergericht hätte sich 1925 Fiete Schulze als militärischen Leiter von Schiffbek auf die Anklagebank gewünscht. Er war aber untergetaucht und konnte nicht belangt werden. 1933 wurde er jedoch verhaftet, schwer mißhandelt und in einem langen Prozeß, der auch internationales Aufsehen erregte, zum Tode verurteilt und hingerichtet. (6. 6. 1935)

### III. Die Lebensverhältnisse 1923

Der erste Weltkrieg brachte für Deutschland nicht nur Leid, Elend, Menschenopfer und andere Katastrophen. Dieser imperialistische Krieg war von Deutschland begonnen worden, um einen „Platz an der Sonne“ zu erlangen. Der Raubkrieg endete 1918 mit einer Revolution und einer militärischen Niederlage.

Reparationen und Auflagen der alliierten Siegermächte wurden festgelegt, um die deutsche Aggression zu bändigen. Damit sollte ein wirtschaftlicher Konkurrent kleingehalten werden.

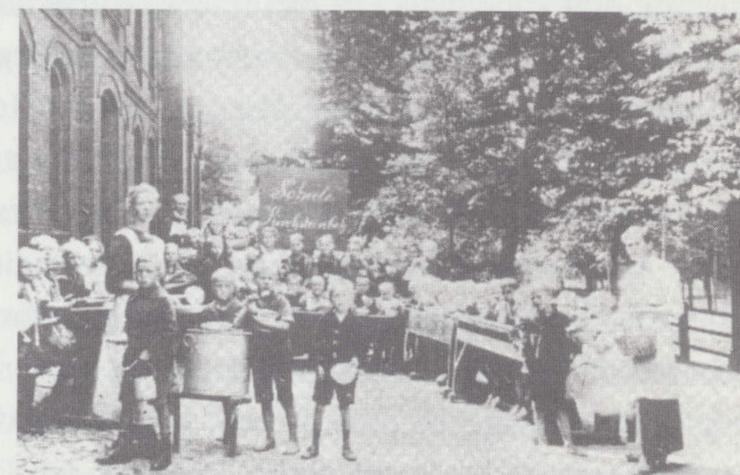
Die ersten Nachkriegsjahre, besonders 1923 mit einer Geldentwertung in nicht gekanntem Ausmaß stellte die arbeitende Bevölkerung vor schier unlösbare Probleme.

Das zeigte sich im Sommer 1923. Mit dem wöchentlich ausgezahlten Lohn konnte sich keine Familie aus den ärmsten Schichten ausreichend ernähren. Manche Väter und Mütter schickten ihre Kinder zum Betteln um Brot und andere Nahrung. Oft gingen die Frauen und Männer mit leerem Magen zur Arbeit. Die Sorge um ihre Zukunft und ihr Leben wuchs.

Wie das Verhältnis von Reichsmark (RM) zum Dollar aussah, überschrieb eine Zeitung in ihrem Artikel mit „Nullenwahnsinn“. Der Höchststand der Inflation wurde am 20.

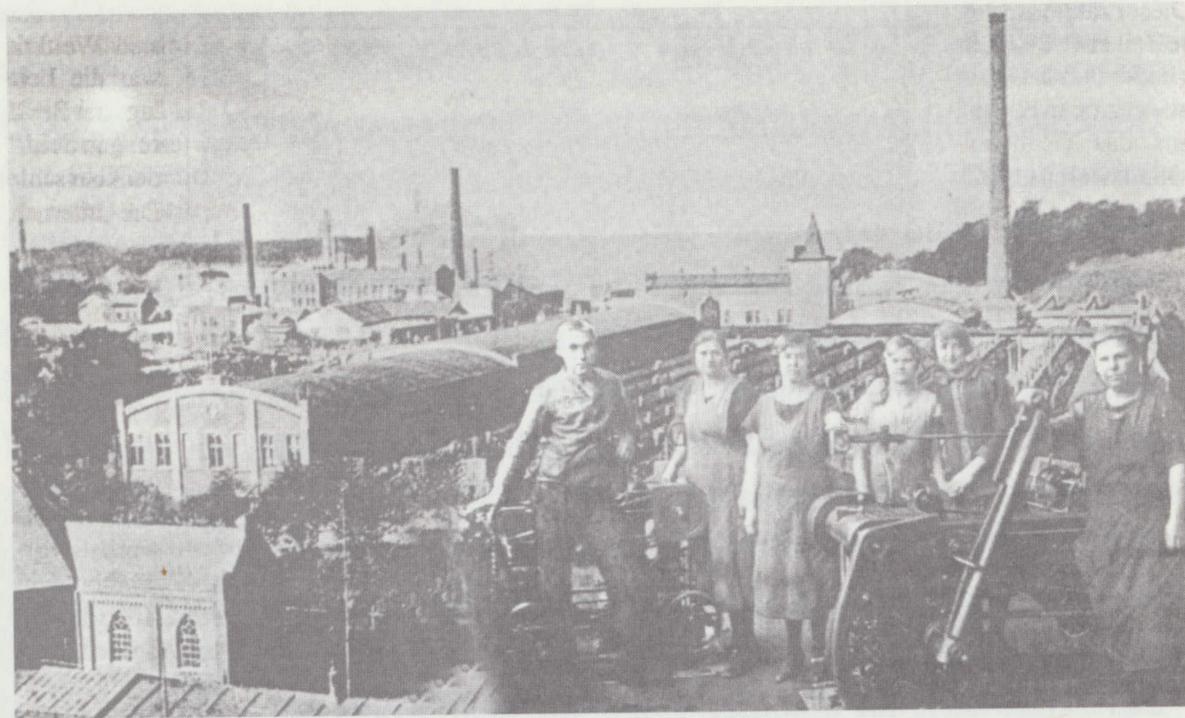
November 1923 erreicht. Für einen Dollar mußten 4.200.000.000 RM gezahlt werden.

Andere Preise:  
ein Liter Vollmilch:  
156 Millionen RM / ein  
Zentner Briketts: 1316  
Millionen RM / ein Brot:  
420 Millionen RM / eine  
Straßenbahnfahrkarte: 70 Millionen RM



**1923 - Schulspeisung in der Kirchsteinbeker Schule**

In der Notiz hieß es weiter: „Mit der Erreichung dieses Höchststandes war die Inflation beendet. Der Staat war vom größten Teil seiner inneren Schulden befreit, die Anleihen und Wertpapiere sind wertloses Papier geworden.“(2)



**Jutefabrik mit Arbeiterinnen**

Viele hunderttausend Menschen hatten alles verloren, was sie sich in ihrem Leben voller Arbeit erspart hatten.

Meine Tante hatte mit ihrem Mann Anfang der zwanziger Jahre in Berne in der Gartenstadt, einem gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, gewohnt. Wenn das Gespräch auf 1923 kam, erzählte sie: „Meine Mutter machte den Vorschlag: Für meine Ersparnisse aus der Hausarbeit bei anderen Familien sollte ich mir ein Sparbuch anlegen, um später etwas anzuschaffen. Ich sparte fleißig. Aber als es im Herbst 1923 zur Auszahlung kam, erhielt ich für mein schönes Geld gerade Stoff für ein Kostüm, zwei Kochtöpfe und eine Waschwanne. Das war alles.“

Die Arbeiterbevölkerung hatte an Krankheiten, auftretenden Seuchen und – besonders bei Kindern – an Unterernährung zu leiden.

Der Leiter des Reichsgesundheitsamtes sagte im Februar 1923 im Reichstag: „Ein Leipziger Schularzt fand bei 72 Kindern nur drei Hemden und zwei Paar heile Strümpfe. Eine Zunahme der Säuglingserkrankungen wird gemeldet, charakteristisch ist, daß viele Säuglinge in Zeitungspapier statt in Windeln den Fürsorgestellten vorgestellt werden. In 43 Großstädten Deutschlands sind 200.633 Kinder tuberkulös, 835.973 Kinder krank und stark unterernährt. Jedes fünfte Kind hat eine ansteckende, fortschreitende, infolge mangelnder Pflege und schlechter Nahrung wahrscheinlich tödlich endende Lungenschwindsucht.“ (3)

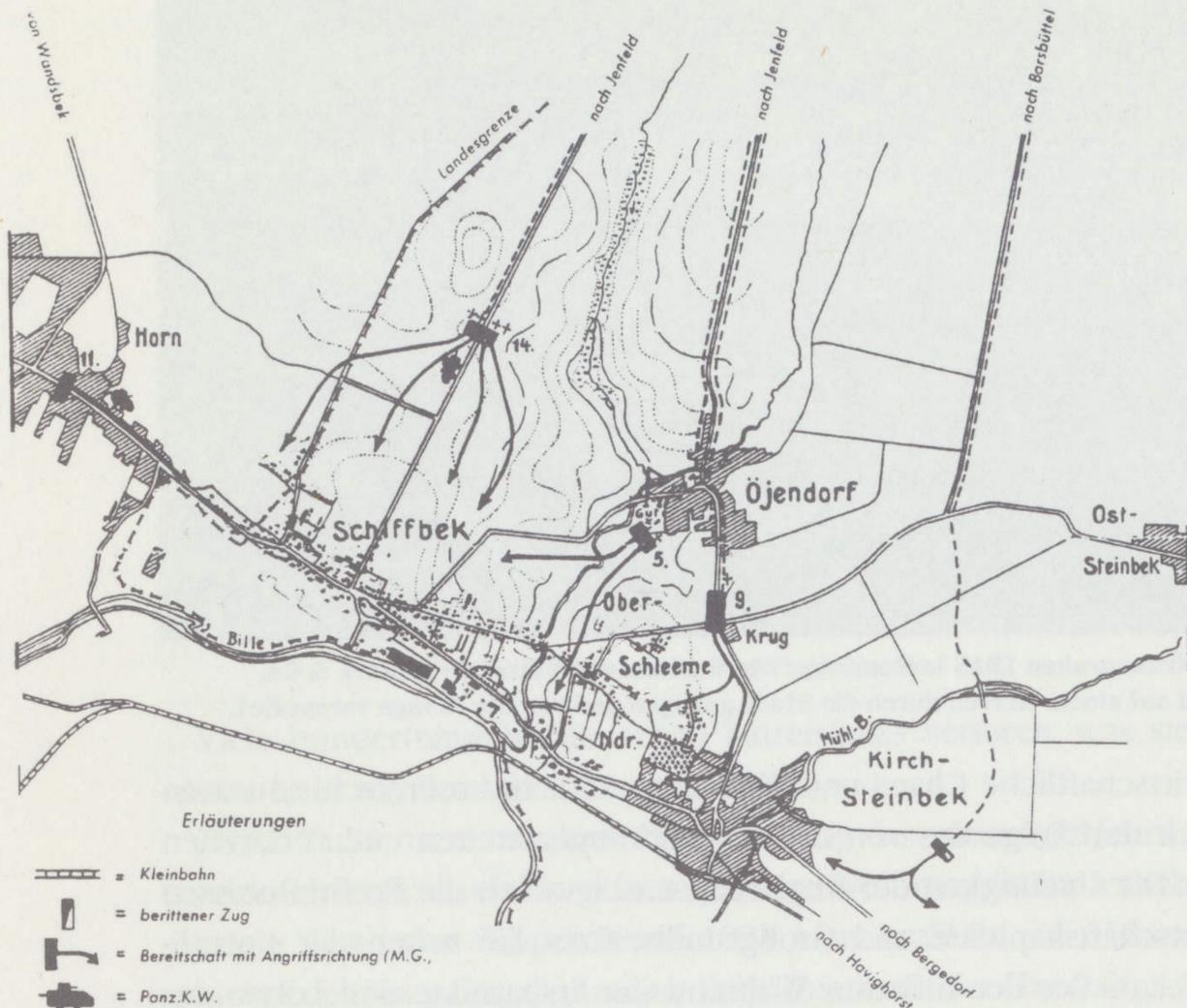


**Sülzeunruhen 1919 in Hamburg. Der Besitzer der Sülzefabrik Stark & Co. wird auf einem Karren durch die Stadt gezogen und von der Menge verspottet.**

Das wirtschaftliche Chaos und die Hungersnot in unserem Land waren Ausdruck und Folge des von Deutschland angezettelten und verlorenen Krieges: Die Unfähigkeit der Regierung und letztlich die Profitinteressen der Wirtschaftskapitäne und Großgrundbesitzer. Sie waren die eigentlichen Nutznießer der Inflation: Während die Ersparnisse und Löhne der kleinen Leute nichts mehr wert waren, blieben ihre Sachwerte – Fabriken, Grund und Boden – von der Geldentwertung unberührt. Sie waren von der Not, die die Bevölkerung in die Verzweiflung trieb, nicht betroffen. Sie und die mit ihnen verbundenen Politiker wollten natürlich mit allen Mitteln ihre Macht erhalten.

Den Großkonzernen und ostelbischen Großgrundbesitzern, den Generälen und Monarchisten steckten noch die Jahre 1918 und 1919 in den Knochen. Damals hatte tatsächlich die Chance zu einem wirklichen Machtwechsel bestanden. Eine revolutionäre Bewegung, deren sichtbarer Ausdruck die Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Deutschen Reich waren, hatte die Monarchie hinweggefegt. Der Kaiser mußte abdanken, an die Macht kam ein „Rat der Volksbeauftragten“ mit sozialdemokratischen Politikern wie Ebert, Scheidemann und später Noske.

Diese hatten jedoch kein Interesse an wirklichen Veränderungen, dafür aber panische Angst vor dem „Überspringen des russischen Funkens“ (der



Erläuterungen

- +—+—+—+—+—+—+ = Kleinbahn
- +—+—+—+—+—+—+ = berittener Zug
- +—+—+—+—+—+—+ = Bereitschaft mit Angriffsrichtung (M.G.)
- +—+—+—+—+—+—+ = Panz.K.W.
- +—+—+—+—+—+—+ = s. und l. M.G.
- +—+—+—+—+—+—+ = Aufruhrgebiet
- +—+—+—+—+—+—+ = Gemeindehaus
- +—+—+—+—+—+—+ = Landesgrenze

Maßstab 1 : 25000

### „A u f r u f f!“

An die Bevölkerung des Amtsbezirks Schiffbek.

In ganz Deutschland ist die Arbeiterschaft in den Kampf um die Macht eingetreten. In großen Teilen Deutschlands ist die Macht in den Händen der Arbeiter. Auch in Schiffbek befindet sich die Macht in den Händen der Arbeiterschaft. Ein provisorischer Aktionsauschuß ist am Ort gebildet, dem die Vollstreckungsgewalt übertragen ist. Es ergeht an die Bevölkerung die dringende Mahnung, jegliche Plünderung zu verhindern und zu unterlassen, da sich der Vollzugsauschuß gezwungen sieht, Plünderungen mit der Todesstrafe zu ahnden. Der Vollzugsrat wird die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit allen Mitteln sicherstellen.

Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, fordert der Vollzugsrat alle diejenigen, welche im Besitze von Schuß-, Stoß- und Hieb- und Mittern sind, auf, sich bis heute abend 5 Uhr bei dem Vollzugsauschuß unter Angabe der Zahl und Art der Waffen zu melden. Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht schwere Strafen nach sich.

Arbeitsbrüder! Der Sieg ist unser! Nun gilt es, das Errungene zu verteidigen und auszubauen. Darum fordert der Vollzugsauschuß die wehrfähigen Arbeiter auf, sich für den proletarischen Selbstschutz bis heute nachmittag 4 Uhr in der Wache, Hamburgerstraße 23, zu melden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schließt Euch zusammen zum Schutze des Arbeiterstaates Deutschlands. Es lebe Sowjetdeutschland! Es lebe das Bündnis der Sowjetstaaten der Welt! Es lebe die Weltrevolution!

Schiffbek, den 23. Oktober 1923.

Der provisorische Vollzugsauschuß.

Oktoberrevolution 1917) auf Deutschland. Um die Rätebewegung zu bremsen, verbündeten sie sich mit den Stützen des Kaiserreichs, vor allem mit der Reichswehr und den Freikorps (die dann wenige Jahre später gegen die demokratische Republik putschten und scharenweise in Hitlers SA gingen).

Die große Mehrheit in den Arbeiter- und Soldatenräten vertraute aber ihren sozialdemokratischen Führern und ließ sich von Losungen wie „Der Sozialismus marschiert!“ täuschen. So verzichtete zum Beispiel der Reichsrätekongreß (er war aus Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland zusammengesetzt und tagte im Dezember 1918 in der Hauptstadt Berlin) auf die Machtübernahme, übertrug alle Gewalt auf den „Rat der Volksbeauftragten“ (der faktischen Reichsregierung) und stimmte der Wahl zu einer Nationalversammlung zu.

So brachte die Novemberrevolution zwar wichtige Veränderungen, die von den Kieler Matrosen, den Arbeiter- und Soldatenräten und den Massen der Bevölkerung erkämpft wurden. An den wirklichen Machtverhältnissen in Staat und Gesellschaft änderte sich aber nur wenig. Ein geflügeltes Wort hieß damals: Der Kaiser ging, die Generäle blieben.

Diese Entwicklung ist mit ein Grund, warum die Masse der arbeitenden Menschen 1923 so maßlos enttäuscht und verbittert war. Fünf Jahre zuvor schien für sie eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg greifbar nahe zu sein. Und jetzt mußten sie zusehen, wie sie selbst in immer größerem Elend lebten, während die Reichen, die Konzernherren, Bankiers und die kleinen und großen Schieber sich an der Inflation gesundstoßen konnten.

Die Monarchie im Deutschen Reich und in den deutschen Teilstaaten wurde durch die Novemberrevolution abgeschafft. Der Kaiser, die Könige und Fürsten mußten gehen.

Der Krieg wurde beendet.

Der Achtsturentag und die Tariffähigkeit der Gewerkschaften wurde erreicht.

Auf Reichs- und Länderebene wurde das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht - auch für Frauen - eingeführt.

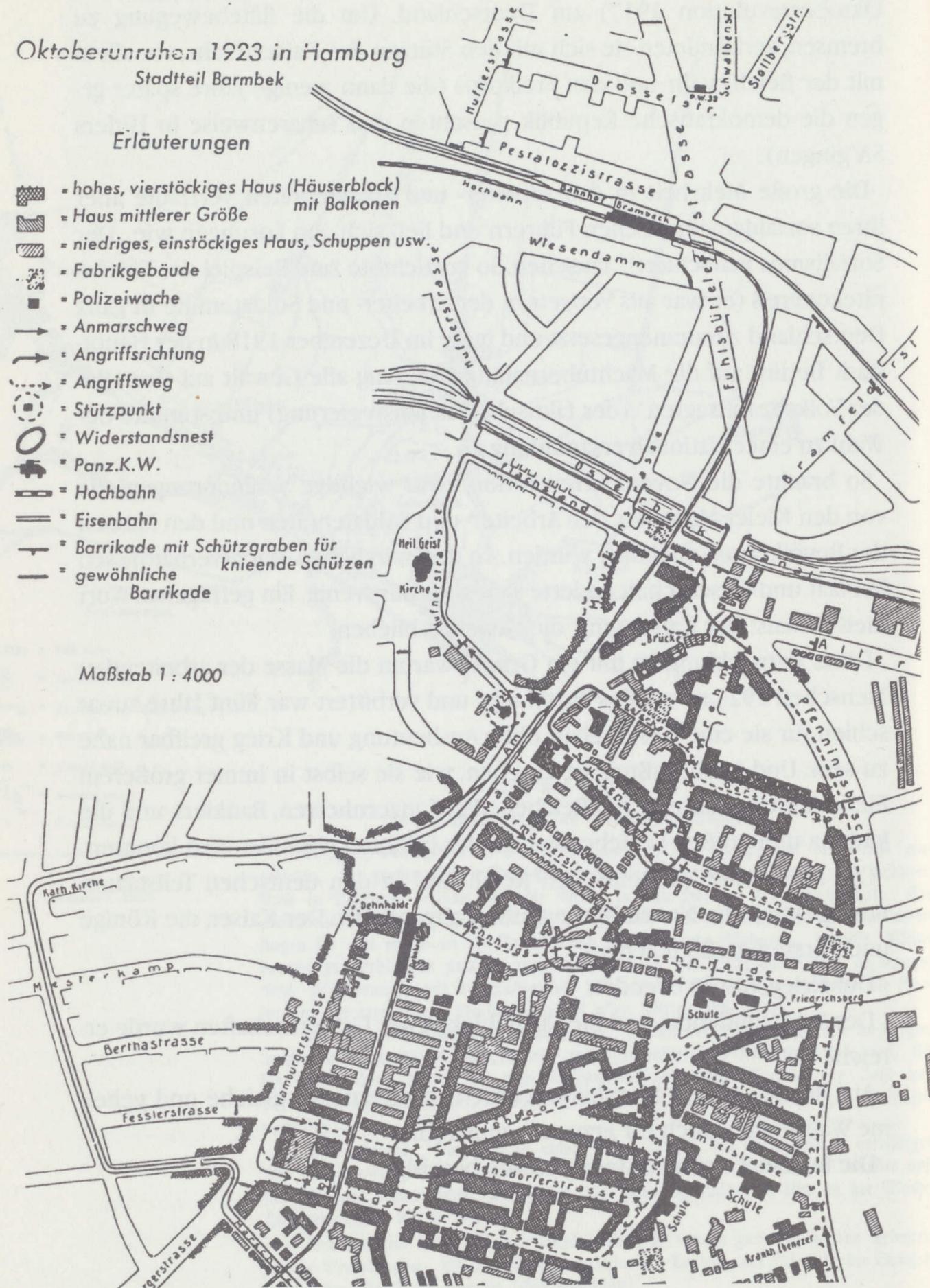
Die feudale Gesindeordnung wurde beseitigt.

Oktoberunruhen 1923 in Hamburg  
Stadtteil Barmbek

Erläuterungen

-  = hohes, vierstöckiges Haus (Häuserblock) mit Balkonen
-  = Haus mittlerer Größe
-  = niedriges, einstöckiges Haus, Schuppen usw.
-  = Fabrikgebäude
-  = Polizeiwache
-  = Anmarschweg
-  = Angriffsrichtung
-  = Angriffsweg
-  = Stützpunkt
-  = Widerstandsnest
-  = Panz.K.W.
-  = Hochbahn
-  = Eisenbahn
-  = Barrikade mit Schützgraben für knieende Schützen
-  = gewöhnliche Barrikade

Maßstab 1 : 4000



## IV. Der Aufstand in Hamburg und Schiffbek

Ein Generalstreik in Berlin zwang die bürgerliche Regierung (ohne SPD) des Reichskanzlers Cuno am 12. August 1923 zum Rücktritt. Stresemann, Mitglied der deutschen Volkspartei (Vorläufer der FDP), als neuer Regierungschef einer großen Koalition wollte rechte Kräfte, z.B. in der Reichswehr, nicht zurückstoßen und mußte gleichzeitig Rücksicht auf Liberale, SPD und Gewerkschaften nehmen. Im Oktober wurden in Sachsen und Thüringen „Arbeiterregierungen“ (Koalitionsregierungen aus SPD und KPD) gebildet. Am 21. Oktober wurde die Reichswehr gegen diese beiden Länder in Marsch gesetzt. Am gleichen Tag fand in Chemnitz eine Beratung mit Kommunalvertretern, Gewerkschaftern, SPD-Ministern und KPD-Vertretern, statt. Die Kommunisten beabsichtigten, von dieser Tagung aus einen Generalstreik auszurufen, der dann in bewaffnete Kämpfe einmünden sollte.

Auch die Hamburger Arbeiterschaft sollte einbezogen werden. Als sich jedoch abzeichnete, daß sich auf der Konferenz keine Mehrheit für einen Generalstreik fand, widerrief die KPD-Führung unter Brandler den geplanten Aufstandsbeginn. Der Kurier mit diesem Bescheid traf aber zu spät in Hamburg ein. Der Kampf hatte schon begonnen.

Um 5 Uhr in der Frühe des 23. Oktober 1923 wurden die Hamburger Polizeiwachen alarmiert. Es wurde mitgeteilt, daß einzelne Wachen angegriffen worden seien. Danach löste die Polizei Großalarm aus, weil Stoßtrupps der Kommunisten zahlreiche Wachen überraschend eingenommen hatten. Weil die Kämpfer des Ordnungsdienstes der KPD kaum bewaffnet waren, war die Besetzung der Polizeiwachen zur Beschaffung von Waffen notwendig. Dies gelang in 17 von 26 Wachen.

In der folgenden Auseinandersetzung in mehreren Stadtgebieten Hamburgs waren die Polizeikräfte in einer erheblichen Überzahl. Etwa 300 Kämpfern der einen Seite standen 6000 schwerbewaffnete Polizisten gegenüber. Hauptkampfgebiete waren Schiffbek und Barmbek. Genaue Ortskenntnis und die Unterstützung der Bevölkerung begünstigten anfangs die Aufständischen. Das Gemeinwesen Schiffbek verfügte nach Angaben der Polizei über 15 Polizeiposten, die nicht zentral zusammengefaßt waren und in ihren Wohnungen übernachteten.

Es gelang, alle Polizisten zu verhaften und das Bürgermeisteramt und alle anderen öffentlichen Gebäude zu besetzen.

Die Aufständischen bildeten am 23. Oktober einen provisorischen Vollzugsausschuß und gaben in einem Aufruf den Machtwechsel bekannt.

Noch eine Bemerkung zum Kräfteverhältnis zwischen den Aufständischen und den „Ordnungskräften“: Die Polizei war – zusammen mit der Reichswehr – in Ausrüstung und Zahl weit überlegen. Ihre Bekleidung war vorbildlich, die Aufständischen besaßen dagegen nur ihre Arbeitskleidung und wenige Waffen. Aber da gibt es auch die Aussage eines Polizeioffiziers, der seine Rekruten mit dem Revolver in der Hand zum Angriff auf ein Haus treiben mußte.

Er kam im Kampf gegen die Aufständischen nicht voran. Mit seinem Ausspruch: „Ihr feiges Gesindel, mit zwanzig Leuten wie dem da“ ... (er meinte einen Scharfschützen im Dachfenster, der sehr präzise auf die Rekruten zielte und traf), ... „würde ich mit ein paar Tausend wie euch fertigwerden.“ (4) Der Polizeioffizier kam nicht umhin, den Schiffbeker Kämpfern seine Anerkennung zu zollen.

Die Erinnerungen an diese Tage und der Wunsch nach Veränderung ist in vielen Köpfen geblieben. Das habe ich von Rudi und Wilma Giffey und Willi Reichert erfahren.

Den Herrschenden ging es darum, „Ruhe und Ordnung“ und ihre Macht durch Polizei und Kräfte des Militärs wiederherzustellen. Die Kommunisten beflügelte die Vision, den bürgerlichen Staat zu stür-

## **An das Proletariat Groß-Hamburgs!**

**Die Reaktion hat die Regierung  
an sich gerissen!**

**Jetzt heißt es für die Arbeiter, beweisen, daß  
sie nicht gewillt sind, sich dieser Clique von Offizieren  
und Junkern zu fügen.**

**Heraus aus den Betrieben und Kontoren! Alle  
Arbeit muß ruhen! Die Lozung muß sein:**

**Nieder mit der Reaktion und  
der reaktionären Regierung!**

**Für die sozialistische Republik!**

**u. S. P. Groß-Hamburg.**

**Unser Kampf geht für die  
sozialistische Republik.**

Aufruf der USPD-Abwehr des Kapp-Putsches

zen und eine neue sozialere Gesellschaft zu errichten. Damit sollte die große Not überwunden werden. Dieses Ziel hatte nach Auffassung der Kommunisten Chancen und konnte gelingen, wenn die Mehrheit der arbeitenden Menschen sich dafür mobilisieren ließ. In Hamburg rechneten sie mit der Unterstützung der Arbeiter der Werften und des Hafens. Diese Unterstützung blieb jedoch aus. Die Arbeiter aus diesen Betrieben wollten zu dieser Zeit mehrheitlich zwar ihren Lohn und die Lebensbedingungen verbessern, weitergehende Ziele hatten sie jedoch nicht. Und so verhielt es sich auch im übrigen Deutschland. Die große Mehrheit der Menschen war sich nicht dessen bewußt, daß es in diesen Kämpfen um ihre Existenz, ja um Leben und Tod ging, was dann ihren ganzen Einsatz gefordert hätte.

Der Kampf wurde aufgenommen, um eine menschenverachtende Politik zu stoppen. Die proletarischen Massen fühlten sich betrogen und brachten das auch lautstark zum Ausdruck. Zum unmittelbaren Kampf um die Macht waren jedoch nur wenige bereit.

In Schiffbek konnte der Kampf mit der Polizei und dem Militär zwei Tage durchgestanden werden. Am dritten Tag war er beendet.

### IV.1. DAS ENDE DES KAMPFES IN SCHIFFBEK

Am 24. Oktober abends wurde auch in Schiffbek der Kampf eingestellt. Das Gemeindegebiet war von Polizeitruppen unter dem Kommando von Oberstleutnant Danner eingeschlossen. Danner konnte mit seinen Truppen den Ort nicht am 23. Oktober besetzen. Das erfolgte erst als am nächsten Tag Verstärkung kam.

Die Verhaftungen am 24. Oktober geschahen willkürlich. Mancher unbeteiligte Bürger wurde einfach mitgenommen. Erst im Stadthaus und anderen Dienststellen der Polizei begann das politische Aussortieren.

Wie eine Zeitung berichtete geschah der Abtransport erst dann, als die Verhafteten einige Kampfspuren (Gräben und Hindernisse) beseitigten und die Straßen wieder einigermaßen passierbar waren. Über 200 Bürger sind dann im Schiffbeker Prozeß vernommen und angeklagt worden. Allein der Abtransport der Verhafteten konnte nicht in aller Stille vor sich gehen. Dieses Ereignis war dazu angetan viele Schiffbeker Bürger zu erschrecken und nachdenklich zu machen.

## V. Die Prozesse

Das Reichsjustizministerium erteilte genaue Anweisungen über die personelle Besetzung der Gerichte und legte fest, wie in den Verhandlungen vorzugehen sei. Es ging den Herrschenden darum, jede Möglichkeit zu nutzen, um die KPD vom öffentlichen Leben abzudrängen und sie auszuschalten. Verbote der kommunistischen Presse und der Partei waren damals selbstverständlich. Jeder Versuch, das System in Frage zu stellen oder anzugreifen, wurde in den zwanziger Jahren, zumindest soweit es die Linke betraf, unnachgiebig und hart bestraft.

So haben in Bremen (10.1. - 4.2.1919) und in München (13.4. - 3.5.1919) Räterepubliken bestanden. Die Niederwerfung in Bayern endete mit blutigem Terror und mit Prozessen gegen über 2000 Angeklagte. In Bremen gelang es 26 Tage, die neue Macht zu halten und die Bevölkerung zu versorgen. Die Machtübernahme in Bremen war durch den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat vollzogen worden, der seit November 1918 existierte. Dieser besaß eine starke Stütze in der Belegschaft der AG Weser und verstand es zunächst, militärische Auseinandersetzungen zu vermeiden. (5)

Wer sich für eine Darstellung der Kämpfe in Barmbek und Schiffbek interessiert, in der die proletarische Sprache, proletarische Denk- und Handlungsweisen sehr gut wiedergegeben werden, dem sei die Schrift von Larissa Reisner empfohlen: Hamburg auf den Barrikaden (Siehe Literaturverzeichnis).

### V.1. DER ERSTE PROZESS

In Hamburg fand der erste Strafprozeß vom 22. Januar bis zum 18. Februar 1925 statt. Acht Kommunisten („Urbahns und Genossen“) wurden wegen Hochverrats angeklagt, als vermeintliche „Rädelsführer“.

Das Gericht hatte Anweisung des Justizministeriums, gegen die „Aufrührer“ keine Milde walten zu lassen.

Hugo Urbahns übernahm in diesem Prozeß als Vorsitzender des KPD-Bezirks Wasserkante die volle politische Verantwortung für den Aufstand. Er verteidigte mutig die Absichten und das Agieren der KPD und bekam zehn Jahre Festungshaft, die er in Gollnow im damaligen Pommern absitzen sollte. Am 1.10.1925 wurde er dort eingeliefert. Aber bereits am

26.10.1925 mußte er wieder entlassen werden, weil er ein Reichstagsmandat hatte und deshalb Immunität besaß.

Vor dem Hamburger Strafgericht sprach er den Satz, der in Hamburg noch längere Zeit in den Köpfen der Menschen blieb: „Die Massen werden mit uns sagen: Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen!“ (6)

Urbahns war nach seiner Haftentlassung weiterhin auch Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Damals begann seine Annäherung an die ultralinke Gruppe innerhalb der KPD um Ruth Fischer und seine Beteiligung am Aufbau des Leninbundes. Im November 1926 wurde er - wie vorher schon Ruth Fischer und Arkadi Maslow - aus der KPD ausgeschlossen.

Lebensdaten von Hugo Urbahns,

Geboren: 18.2.1890, Gestorben: 16.11.1946

Urbahns wuchs auf einem Bauernhof in Dithmarschen auf. Die Schule beendete er mit dem Abitur, danach absolvierte er ein Lehrerstudium.

1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger, wurde aber wegen eines TBC-Leidens entlassen.

1916 bekam er Verbindung mit der Spartakus-Gruppe und beschäftigte sich intensiv mit dem Marxismus.

1921 übte er seinen Lehrerberuf aus, wurde dann aber von der KPD als Sekretär im Bezirk Wasserkante eingesetzt.

1923 war er der Bezirksvorsitzende.

### V.2. DER KAPP-PUTSCH

Wolfgang Kapp, ultrarechter Politiker, Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, hatte mit Admiral Tirpitz die Deutsche Vaterlandspartei gegründet. Im März 1920 putschten reaktionäre Offiziere, das Aushängeschild Kapp war als Reichskanzler vorgesehen. Die Monarchie sollte wieder eingeführt werden. Die Brigade Ehrhardt marschierte auf Berlin, andere Freikorps und Reichswehreinheiten unterstützten den Putsch. Das Regierungsviertel wurde besetzt, die Regierung floh aus der Stadt. SPD, USPD, Gewerkschaften und nach einigem Zögern auch die KPD riefen zum Generalstreik auf. Durch das einheitliche Handeln der Arbeiterbewegung gelang es, den Putsch in kurzer Zeit zu beenden. Die Regierung konnte sich von Stuttgart wieder nach Berlin begeben.

Für Hamburg kann ergänzt werden: Im Senat und der Bürgerschaft hatte die SPD mit der bürgerlichen DDP die Mehrheit. Die USPD dagegen war der politische und mobilisierende Faktor, der die Arbeiter und die Bevölkerung gegen die Putschisten aufrief.

Organisierte Arbeiter verhinderten, daß die Kappisten in der Hansestadt per Schiff oder über die Bahn Nachschub erhielten.

Anhänger und Mitglieder der USPD forderten die Weiterführung des Generalstreiks zur lange angekündigten sozialistischen Republik. Doch dazu ist es nicht gekommen.

### V.3. DIE JUSTIZ AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND

Was wohl interessant und wissenswert sein könnte, ist ein Vergleich zwischen den Urteilen und der Behandlung der Beteiligten am Kapp-Putsch und am Hamburger Aufstand.

Von den führenden Putschisten hatten sich Kapp und Lüttwitz ins Ausland abgesetzt. Ein weiterer wurde amnestiert, und drei bekamen überhaupt keinen Prozeß. (7)

Bei den Hamburger Oktoberkämpfen verhängte das Gericht in zwei Fällen Todesstrafe. Bei Willi Willendorf wurde sie später in 12 Jahre Festungshaft umgewandelt, die er aber voll absitzen mußte. Bei Ernst Torell wurde das Todesurteil auf 10 Jahre Festungshaft herabgesetzt. Ein Urteil lag bei 8 Jahren, vier Urteile bei 7 Jahren Festung, die niedrigste Strafe im ersten Prozeß erhielt Richard Scheible, der in Hamburg nach 1945 durch seine Hilfe in Rechtsfragen bekannt wurde. Man muß in diesem Fall natürlich die Strafen im Schiffbeker Prozeß hinzurechnen. Wir nennen nur einige: 5 Jahre Festung erhielten Krakau, Switalla, Werner, 4 Jahre Wolter.

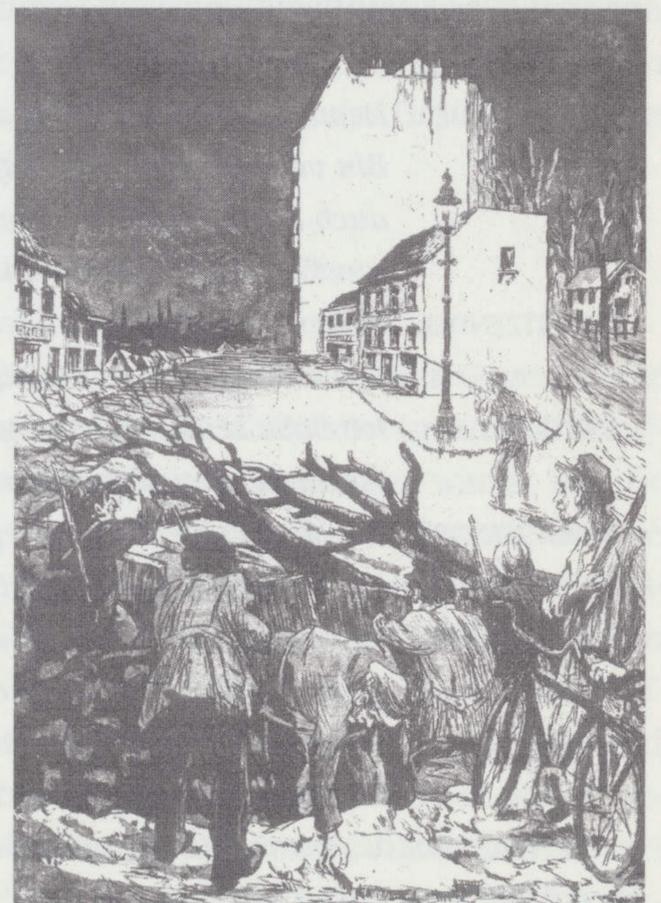
„Insgesamt“, schrieb die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“, „haben die Kommunisten annähernd 1000 Jahre Haft bekommen.“

## VI. Eröffnung des 2. (Schiffbeker) Prozesses

Am 24. Februar 1925 gab es im Altonaer Sondergericht eine strenge Eingangskontrolle. Nur wer seinen Ausweis vorzeigte und sich nach Waffen durchsuchen ließ, konnte passieren. Etwa 20 Personen nahmen täglich am Prozeß als Zuhörer teil. Vom Reichsjustizministerium waren bestimmt: als Vorsitzender Landgerichtsdirektor Stolze, als Staatsanwalt Dr. Hildebrandt.

An die 200 Angeklagte hatte man in 7 Abteilungen (Staffeln) eingeteilt. Die Verhöre und Verhandlungen mit ihnen wurden abschnittsweise durchgeführt. Der Prozeß dauerte bis zum 25. Mai 1925. Wir nennen ihn den „Schiffbeker Prozeß“, obwohl es mehrere Einzelprozesse waren. Der Prozeß hatte ungewöhnliche Ausmaße, nicht nur wegen der langen Dauer von den Verhören bis zur Urteilsverkündung, sondern auch wegen der rund 350 Zeugen, die Rede und Antwort standen. Er fand ein lebhaftes Echo und Interesse bei der Presse und in der Bevölkerung.

**Radierungen des Malers und Kommunisten Willy Colberg, die er 1953 anfertigte. Er hat sich oft mit Teilnehmern des Aufstandes unterhalten, um die Ereignisse von 1923 möglichst real wiedergeben zu können. Oben: Schützen an der Bille; unten: Barrikade in Horn/Billstedt. An dieser Barrikade kämpfte auch Otto Gröllmann.**



## VI.1. DIE ERSTEN ANGEKLAGTEN

Zu ihnen gehörten Arbeiter aus Schiffbeker Betrieben, Handwerker und Leute aus der näheren Umgebung. Einige Angaben dazu: Arbeiter Behn, Bremer, Czempies, Tischler Göldner, A. Heckelberg, Heizer Jachowski, Karl Köhr, August Köhr, A. Krakau, Schuhmacher Krieger, Maschinenbauer Malchow, Trimmer Manshardt, Zigarettenmacher Marquardt, A. Möller, Schlosser Rusker, A. Polzin, Bäcker Rembte, A. Riek, A. Sander, Klempner Schmidt, Anstreicher Schulz, Simanovski, A. Linke, Anton Switalla, Michael Switalla, A. Thoms, A. Werner, Schlosser Wittenberg und A. Wolter.

Am 25. Februar, als die Angeklagten im Gericht waren, erging die Anordnung des Gerichtsvorsitzenden: Alle hätten ihre Parteiabzeichen abzulegen.

Als erster wurde Anton Switalla, Vorsitzender der Ortsgruppe Schiffbek der KPD, aufgerufen. Der Gerichtsvorsitzende (künftig Vorsitzende) fragte nach seiner Tätigkeit im Aufstand. Switalla erklärte, die Versammlung geleitet zu haben, die den Beschluß zum Losschlagen faßte. In der falschen Politik der Regierung aber wäre die Ursache für den Aufstand zu suchen. Er hätte weder Kampfhandlungen angeordnet noch sich daran beteiligt.

VORSITZENDER: *Demnach sind Sie nur spazierengegangen?*

SWITALLA: *Bin vielleicht auf der Straße gesehen worden, auch auf dem Amt (Gemeinde, Polizeistation), sonst habe ich nichts getan.*

VORSITZENDER: *Haben Sie gegen jemanden eingegriffen, der sich räuberisch betätigen wollte?*

SWITALLA: *Ich habe Leute davon abgehalten, Plünderungen zu begehen.*

VORSITZENDER: *Also hatten Sie doch eine gewisse Führereigenschaft?*

SWITALLA: *Meine Führereigenschaft trat nicht in die Öffentlichkeit.*

VORSITZENDER: *Sie wußten doch, wenn der Generalstreik ausgerufen werden sollte, würde es auch zur Bewaffnung kommen.*

SWITALLA: *Das war mir natürlich bekannt, und ich würde mich auch am Kampf beteiligt haben.*

Der Vorsitzende versuchte vergeblich, etwas über die Führertätigkeit Switallas herauszubekommen.

Switalla: Er sei morgens um 6.00 Uhr aus dem Hause gegangen, habe sich auf das Polizeiamt begeben. Viele Menschen habe er dort gesehen, aber auf einzelne Namen könne er sich nicht mehr besinnen. Auf die Fragen des Vorsitzenden hat Anton Switalla ruhig und klar geantwortet, ohne Einzelheiten zu erwähnen, die ihn oder andere hätten belasten können.

War der Vorsitzende dadurch verunsichert, oder mußte er sich an die Schiffbeker Ausdrucksweise erst gewöhnen?

Als nächster wurde A. Krakau verhört. Er verstand es geschickt, das ihn Belastende energisch abzustreiten. Der Kämpfer Werner schilderte die Mißhandlungen, denen er und andere ausgesetzt waren. Er verwies auf die Handlungen des Polizeileutnants Kosa. A. Rembte wies die Angaben der Anklage für seine Person als falsch zurück.

Über seine Tätigkeit im Aufstand verweigerte er die Aussage. A. Göldner, als Gewerkschafter bekannt, wurde zu den Vorgängen um den Polizeiwachtmeister Johansen befragt (Johansen war unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen). Bei Czempies und Wolter wollte das Gericht etwas über ihre Tätigkeit im Vollzugsausschuß erfahren.

Nach diesen Befragungen stellte Rechtsanwalt (im folgenden R.A.) Hege wisch den Antrag, den Polizeibeamten Schulz und den Leutnant Kosa nach ihrem Wirken zu befragen. Er begründete das: Wenn Mißhandlungen von Angeklagten durch die Polizisten erfolgt sind, müsse das Gericht in einem ordentlichen Verfahren dieses prüfen.

## VI.2. REQUIRIERUNGEN, U.A. VON WAFFEN

Der Vorsitzende suchte nach Beteiligten, die Waffen oder Gegenstände beschlagnahmt hatten. Er brauchte diese Fakten als Beweismaterial. Beauftragte des Vollzugsausschusses und andere, die eingesetzt waren, um die Verteidigungskraft der Aufständischen zu verstärken, berichteten, wie die Suche nach Waffen in den Wohnungen vor sich ging. Alle Schränke mußten aufgemacht werden, auch Geldfächer. Wenn keine Waffen gefunden wurden, zogen die Leute wieder ab. Eine Frau bestätigte, daß bei der Waffensuche bei ihr ein bekannter Nachbar gewesen sei. „Diese Leute sind mir bekannt, sie haben sich korrekt verhalten.“ Zu A. Werner wurde gesagt, er wäre bei der Durchsuchung zu rigoros vorgegangen. Er hätte bei den Kämpfen eine Führerrolle gehabt. Der Betriebsleiter der Zinkhütte be-

stätigte als Zeuge, daß er den Werner (er wäre bei ihnen beschäftigt) und seinen „rauen Umgangston“ gut kennen würde. Andere Zeugen bekundeten, daß Brot und Mehl nur gegen Quittung beschlagnahmt wurden. In diesem Sinne äußerte sich auch Otto Gröllmann, Teilnehmer des Aufstands, bei der Diskussion 1993: „Ich war mit einem anderen dabei, für die Erdarbeiten in einem Laden Schaufeln zu requirieren. Selbstverständlich gegen Quittung.“ Bei einigen Angeklagten fragte das Gericht nach Bestätigung oder Ergänzung ihrer Aussagen. Wurde darauf die Aussage verweigert, hagelte es Geldstrafen bis zu 100,00 RM.

### VI.3. MISSHANDLUNGEN

Der Prozeß spitzte sich zu, als über Mißhandlungen bei polizeilichen Vernehmungen berichtet wurde. Der Angeklagte Malchow sagte aus, er wäre beim Verhör halbtot geschlagen worden. Das Protokoll sei von den Beamten bewußt falsch abgefaßt worden. Erst nach seiner dringlichen Aufforderung hätte ihn ein Sanitäter verbunden und vom Blut gereinigt. Seine Unterschrift hätte man durch Drohungen und weitere Mißhandlungen erpreßt. R.A. Hegewisch fragte: „Waren bei Vernehmungen immer Sipobeamtete mit Gummiknüppeln anwesend?“ Malchow antwortete: „Mal ja.“

Einen weiteren Fall von Mißhandlungen schilderte der Angeklagte Krakau. Er hätte einen Kolbenschlag auf den Kopf bekommen und erheblichen Schaden davongetragen. Er wäre ohnmächtig von Schiffbek nach Hamburg befördert worden. Im Stadthaus und auf dem Transport hätte er weitere Mißhandlungen ertragen müssen. Es entbrannte ein Streit zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden darüber, wann, zu welchem Zeitpunkt der gesundheitliche Schaden eingetreten war.

Der Vorsitzende dazu: „Mißhandlungen sind nur dann relevant, wenn erwiesen werden kann, daß in der Folge eine dauernde Schädigung eingetreten ist.“ R.A. Hegewisch meinte, bei Krakau wäre diese Voraussetzung vorhanden. Er forderte eine Untersuchung durch zwei Ärzte und bat, den Untersuchungsrichter Rapp und Oberwachtmeister Schulz zu laden. Das Gericht stimmte zu, aber aus prozessualen Gründen wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

### VI.4. SZENE IM PANZERWAGEN

Ich will noch einmal eine Szene wiedergeben, in der es um Ereignisse im Kampfverlauf geht. Ein Panzerauto der Polizei nahm einen Mann fest. Es handelte sich um C. Manshardt. Bei der Vernehmung wurde er mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben bearbeitet. Der Panzerautofahrer hatte nach Aussage von Manshardt zur angegebenen Zeit gesagt: „Der Hund hat meinen Kollegen erschossen.“ „Schlagt das Schwein tot“, sollte dann ein anderer gesagt haben. Auf Befragen konnte sich der Fahrer nicht erinnern, solche Worte gebraucht zu haben. Er gab aber zu, ihm (Manshardt) eine Ohrfeige gegeben zu haben, weil er sich im Panzerauto eine Zigarette anzündete.

Über Sachverhalte dieser Art, über die Prozeßführung des Vorsitzenden und Zeugenaussagen erschien am 11.3.1925 ein Kommentar im „Hamburger Fremdenblatt“, den ich auszugsweise wiedergebe: „Bei der letzten Verhandlung prallten Gegensätze (Vorsitzender und Verteidigung) mit einer Heftigkeit zusammen, daß es keine Verständigung mehr geben konnte.“ Über den Vorsitzenden hieß es, er wäre in der Amtsführung peinlich und supergenau. Weiter im Kommentar: „Etwas anderes ist es, ob in diesem Fall der Vorsitzende nicht besser dar-



Panzerwagen in Schiffbek - 1923

an getan hätte, im Interesse des Fortschreitens der Verhandlungen von seinem formalen Standpunkt abzusehen. Man kann es der Verteidigung, die anerkanntermaßen sich in mancherlei Hinsicht großer Zurückhaltung befleißigt hat, um nicht den Prozeß ins Uferlose auszudehnen, wirklich nicht verdenken, wenn sie an einem Zeugen, der nach eigenen Angaben sich der strafbaren Bedrohung oder Nötigung und der ebenfalls strafbaren, vorschriftswidrigen Behandlung eines seiner Obhut unterstellten Gefangenen schuldig gemacht hat, wenn sie an einen solchen Zeugen präzise Fragen, mögen sie immerhin inquisitorischen Charakter haben, richtet, um Mißhandlungen festzustellen, durch die Angeklagte veranlaßt worden sind, Angaben zu machen, die nicht den Tatsachen entsprechen.“

## VI.5. RECHTSANWALT LEGT MANDAT NIEDER

Man konnte sich denken, daß es bei den unterschiedlichen Auffassungen und den sehr verschiedenen Interessen von Gericht und Verteidigung nicht nur zu scharfen Meinungsäußerungen, sondern auch zum Streit kam, der den weiteren Verlauf des Prozesses beeinträchtigte.

Nach dem Zeitungsbericht beleidigte ein Zeuge den R.A. Schmidt. Dieser forderte, die „Äußerungen“ müßten im Protokoll vermerkt werden. Es entbrannte ein Streit zwischen dem Vorsitzenden und den Rechtsanwälten: War es eine Beleidigung oder nicht? Das Gericht war sich bewußt, daß es um eine politische Entscheidung und eine Kernfrage der Gerichtsverhandlung ging. Es mußte Partei ergriffen werden. Bei Zweifeln, die von Zeugen geäußert wurden, wollte das Gericht jetzt einen Beschluß herbeiführen, daß unter bestimmten Umständen die Aussage verweigert werden konnte. R.A. Hegewisch charakterisierte das Verfahren als Beschränkung der Rechte der Verteidigung und erhob energischen Protest dagegen. Der Vorsitzende erwiderte, sein Verhalten wäre korrekt und es wäre seine Überzeugung, daß die Verteidigung ihr Recht mißbraucht hätte. Hegewisch wollte, daß über diesen Antrag ein Gerichtsbeschluß entschied.

Der Staatsanwalt wandte sich in diesem Fall ebenfalls gegen die Verteidigung. Die Anwälte hätten Suggestivfragen gestellt, deren Zulassung vom Gericht berechtigterweise geprüft werden müßte. Hegewisch kommentierte dann die Politik in Deutschland; zu den hier im Gericht angewandten Methoden sagte er, behauptete Mißhandlungen müßten Gegenstand der Verhandlung sein. Der Vorsitzende wäre jedoch anderer Meinung. R.A. Schmidt betonte, Hamburger Richter hätten sich im Urbahns-Prozeß (1. Prozeß) von den vorgekommenen Mißhandlungen überzeugt. Sie hätten sie als Fakten anerkannt. Nach der Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende den Beschluß: Belehrung der Zeugen über Fragerecht sei zulässig. Daraufhin legte Hegewisch seine Verteidigung nieder. Der andere R.A. wollte sich bis zu seiner Entscheidung noch mit der Leitung der KPD und den Angeklagten beraten. Die Angeklagten erhoben Protest im Saal gegen die Behinderung ihrer Verteidigung. Nochmals beriet das Gericht und beschloß: Der von der Verteidigung erhobene indirekt Vorwurf einer einseitigen Prozeßführung werde zurückgewiesen. Dann rief das Gericht den Termin für die nächste Sitzung auf.

## VI.6. DER STAATSANWALT SAGT NICHTS NEUES

Die Urteile, die nach dem Kapp-Putsch und nach dem Hamburger Aufstand gefällt wurden, habe ich bereits gegenübergestellt. Rechte Kräfte wurden von der deutschen Justiz milde behandelt, gegen Kommunisten wurde streng vorgegangen. Das hat Methode bis in unsere jüngste Geschichte.

Auch in diesem Verfahren lagen die Urteile nur um ein bis eineinhalb Jahre unter der Forderung des Staatsanwaltes. Für ein solches Strafmaß mußten in diesen Prozessen Tatbestände des Hochverrates, mindestens aber der Vorbereitung zum Hochverrat ermittelt und bewiesen werden. Aus den Aussagen der Angeklagten im Schiffbeker Prozeß war es jedenfalls nicht möglich, Hochverratshandlungen, so wie wir sie verstehen, nachzuweisen. Nach Meinung der Justiz war schon folgendes als Hochverrat zu verstehen:

- Teilnahme an Versammlungen
- Besetzung öffentlicher Gebäude
- Gefangennahme von Beamten
- Sperrung der Zufahrtswege und Schanzenbau
- Druck von revolutionären Plakaten
- Beschlagnahme von Brot und Mehl

Um Angeklagte zu überführen, wurde z.B. beim Tischler H. Göldner im Verhör versucht, ihn mit dem Mord an dem Wachtmeister Johansen in Verbindung zu bringen. Er und andere waren auf dem Friedhof gesehen worden. Diese Tat konnte Göldner jedoch nicht nachgewiesen werden. Auf eine weitere Besonderheit in diesem Prozeß komme ich noch zurück.

## VI.7. PLÄDOYER HEGEWISCH

Der R.A. führte aus: Die Kommunisten hätten keinen Terror ausgeübt, die Ursache des Aufstandes sei ihnen nicht anzulasten, vielmehr hätte die Politik der Regierung die Unruhen und den Aufstand herbeigeführt. Er sprach zu den richterlichen Protokollen der Voruntersuchung und wies zurück, daß die Kommunisten Terror ausgeübt hätten. „Wir unterstellen sogar, sie hatten gutnachbarliche Beziehungen.“

Zum Verlauf der zwei Aufstandstage in Schiffbek sagte Hegewisch, sie seien ruhig verlaufen, was als Verdienst der Aufstandsleitung anzusehen sei.

Natürlich brachte er auch die Mißhandlungen von Angeklagten durch die Polizei mehrmals zur Sprache.

Ein wesentliches Motiv der Aufständischen sei gewesen, die unhaltbaren Zustände des Jahres 1923 zu verändern. Er verwies auf die andauernde Bedrückung durch die Ruhrbesetzung (Frankreich schickte Truppen, um die Reparationszahlungen zu erzwingen), gegen die eigentlich auch von der Regierung energisch hätte vorgegangen werden müssen. Dieses hätten die Aufständischen empfunden und danach gehandelt. Sie wollten die Staatsverfassung nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands verändern.

R.A. Hegewisch endete mit einem Appell an das Gericht: Formelle strafbare Handlungen seien zwar nicht zu bestreiten, aber die geschilderten Milderungsgründe müßten anerkannt werden. Die Beteiligten hätten in ehrenhafter Gesinnung gehandelt. Sein Anwaltskollege ergänzte zu den Mißhandlungen der Angeklagten: Es sei nicht gegen die schuldigen Polizeibeamten eingeschritten worden, wie es eigentlich die Aufgabe des Gerichts hätte sein müssen. Daran wird erkennbar, daß die Rechtsanwälte der Kommunisten ihre Verteidigung konsequent führten und auch das Widerstandsrecht der Angeklagten verteidigten.

Was die Strafzumessungen betrifft, hat das Gericht gegen alle Angeklagten auf Festungshaft erkannt. In der Begründung hieß es, es sei den Angeklagten nicht um persönliche Vorteile gegangen, sondern sie hätten bei dem „hochverräterischen Unternehmen“ aus Überzeugung gehandelt.

#### VI.8. EINIGE STREIFLICHTER

Es gab einige kleinere Vorfälle, die aber ein interessantes Licht auf den ganzen Prozeß werfen. Dem Angeklagten Schack war eine Haft von 48 Stunden wegen unbotmäßigen Verhaltens im Gericht erteilt worden. Er war angetrunken. Das Gericht mußte aber anerkennen, daß die ihm zugefügten Mißhandlungen im Protokoll nicht vermerkt sind. Der Untersuchungsrichter hatte außerdem entgegen der Vorschrift dem Angeklagten das Protokoll nicht verlesen. Nach dieser Klarstellung wurde Schack wieder abgeführt. Die 48 Stunden Haftzeit waren noch nicht erfüllt. Es fehlten noch eineinhalb Stunden.

Vier Angeklagte gaben an, Sozialdemokraten zu sein (Mellin, Schallen, Sommerfeld und Vogt). Sie sagten, daß sie auf dem Boden der Reichsver-

fassung stünden. Sie hätten sich die Sache bloß mal ansehen wollen. Die Aufständischen hätten sie gezwungen, an der Waffensuche teilzunehmen. Verteidiger dieser Sozialdemokraten war Dr. Pado. In der 8. Verhandlung erklärten zwei Zeugen, daß sie mit den Rechtsanwälten der Kommunisten nichts zu tun haben wollten.

In den Verhandlungen wurden zahlreiche Schiffbeker Bürger, u.a. ein Baumeister, gehört. Der Zeuge fertigte eine Skizze des Kampfgebietes an - sie war nicht zu verwenden. Der Bruder von Anton Switalla, Michael, hätte eine Armeepistole bei sich gehabt. Anton Switalla wurde verantwortlich gemacht, 200 Aufrufe des Vollzugsausschusses zum Druck gebracht zu haben.

An einem Verhandlungstag erklärte der Vorsitzende: Alle Zeugen hätten Fahrgeld und Geld für Mittagessen gefordert. Sonst wäre ihnen eine Teilnahme an den Verhandlungen nicht mehr möglich. Das Gericht versicherte, die eingereichten Gesuche an die zuständigen Instanzen weiterzuleiten.

Und auch das gab es: Ein Zeuge benutzte in seiner Aussage das Wort „doolschicken“ (runterschicken). Der Vorsitzende verstand „totschießen“. Er wurde unter beifälliger Zustimmung der Zuhörer über sein Mißverstehen aufgeklärt.

#### VI.9. DIE GESCHICHTSGRUPPE DISKUTIERT

Wieviel Tote gab es in Schiffbek?

Es wurde von Polizeivertretern behauptet, es hätte auf ihrer Seite einen Toten gegeben (den schon erwähnten Wachtmeister Johansen), der auf das Konto der Aufständischen ginge. Johansen wurde tot auf dem Friedhof gefunden. Es konnte in der Verhandlung nicht geklärt werden, wer für seinen Tod verantwortlich war.

Wie die Geschichtsgruppe Sonnenland (Erhard Dressel) recherchierte, gab es unter der Bevölkerung mindestens eine Frau (eine Mutter von sechs Kindern), einen Klempner und einen 13-jährigen Jungen, die bei den Kämpfen umkamen. Über eine genauere Zahl der Opfer können wir keine Angaben machen.

Im Billstedter Wochenblatt (vom 25. Februar 1988) bezweifelt ein Leser, daß überhaupt schwere Waffen von Reichswehr und Polizei im Einsatz wa-

ren. Die Geschichtsgruppe hatte herausgefunden, eine Reihe von Zeitzeugen habe schwere Waffen im Einsatz gesehen. Die abgebildeten Fotos entsprechen der Wirklichkeit von 1923. (8)

## VII. Angeklagte Frauen

Am 22. Mai - der Prozeß lief bereits einige Monate - bot die KPD-Leitung dem Gericht eine „Gegenüberstellung“ besonderer Art. Zahlreiche Frauen waren an diesem Tag geladen, zum Teil als Mitangeklagte ihrer Männer, Fabrikarbeiterinnen, Hausfrauen. Alle Beteiligten, auch die Männer, erschienen mit Blumen geschmückt im Saal.

Ohne die Frauen und Mädchen hätte der Kampf nicht so effektiv laufen können. Sie überbrachten nicht nur Kaffee und Brot, sondern auch Munition und wichtige Nachrichten. Die Kommunistin Lina Becker erhielt im ersten Prozeß fünf Jahre Festungshaft für ihren Einsatz. Ab Oktober 1924 gehörte sie der Hamburger Bürgerschaft an - bis zum Jahre 1927. Aus Gesprächen mit Teilnehmern ist bekannt, daß ein großer Teil der Jute-Arbeiterinnen den Kampf unterstützt, zumindest mit Sympathie begleitet hatte.

Am 22. Mai wurde über die „5. Abteilung“ (so die Festlegung des Gerichts) verhandelt. Zu dieser gehörten: Arbeiterin Bassing, Ehefrau Behn, Arbeiter Bode, Tischler Chielinsky, Fabrikarbeiter Ebermann, Kernmacher-Arbeiterin Göldner, Fabrikarbeiter, Nieter, Maurer u. Ehefrau Krüger, Glasmacher, weitere Arbeiter ohne Namensangabe, Weberin Pohlmann, Dreherlehrling Romeika, weitere Arbeiter, Former, Heizer, Dreher, Tischler, Schiffsheizer.

Sind diese Namen in Billstedt noch bekannt?

Die Strafanträge für die Schiffbekerinnen lagen zwischen 2 Jahren und 9 Monaten Festung. Auch Geldstrafen wurden ausgesprochen. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

### VII.1. ANNA OTTO ERZÄHLT

„Ich bin Jahrgang 1893. Aufgewachsen bin ich in Halle, in einer Arbeiterfamilie. Mein Vater war Dachdecker und Sozialdemokrat.

Ich hatte noch vier Brüder. Vater hat uns Kinder immer auf Maidemonstrationen mitgenommen. Als Vater starb, zog meine Mutter mit den Kindern nach Hamburg. Mein Mann fiel 1916 in Belgien. Ich mußte unsere beiden Jungs alleine großziehen. Noch während des Krieges wurde ich Arbeiterin in der Geesthachter Pulverfabrik.

Der erste Weltkrieg und die Novemberrevolution 1918 waren der letzte Anstoß, daß ich und meine Brüder, Kurt und Gottlieb Weide, uns der Arbeiterbewegung anschlossen. 1919 traten wir in die USPD ein und waren dabei, als Ernst Thälmann, damals Vorsitzender der USPD in Hamburg, 1920 den Zusammenschluß mit der KPD zur „Vereinigten Kommunistischen Partei“ vollzog.

Bald darauf wurde ich Mitglied des Arbeitersamariterbundes, in dem Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose organisiert waren. Das Foto, auf dem ich vor dem Zelt stehe, wurde zu Anfang der 20er Jahre aufgenommen. Unser großer Einsatz war im Oktober 1923 beim Hamburger Aufstand, als sich die Arbeiter unter Führung Thälmanns gegen Hunger, Inflation und Arbeitslosigkeit erhoben. Schwerpunkt der bewaffneten Auseinandersetzungen war Barmbek, und wir vom Arbeitersamariterbund verbanden in unserem Parteilokal (Nähe Hamburger Straße) die verwundeten Arbeiterkämpfer.“ (Aus der DKP-Zeitung „Jarrestadt“, März 1978)



Anna Otto

Arbeiter-  
samariter in  
den 20iger  
Jahren.  
x = Anna Otto



## VIII. Demonstratives Auftreten

Für bestimmte Situationen im Leben eines Menschen oder einer Gruppe sagt man: „Angriff ist die beste Verteidigung.“ Wir denken dabei an die zahlreichen politischen Gerichtsprozesse in unserem Jahrhundert.

Ein Name ist bei uns haften geblieben: Georgi Dimitroff, der den preußischen Ministerpräsidenten Göring und andere Nazigrößen vor dem Reichsgericht in arge Bedrängnis brachte. Gewiß kann man dieses nicht mit dem Schiffbeker Prozeß vergleichen. Es gab in unserem Prozeß keine Rededuelle oder einen Schlagabtausch. Doch die Art und Weise, wie die kommunistischen Angeklagten auftraten, wie sie im Gericht taktisch vorgehen, zeigte in beiden Fällen: Soweit es möglich war, fühlten sich die Kommunisten verpflichtet, auch vor den Schranken eines Gerichts Widerstand gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu leisten.

Ich möchte auf 1923 zurückkommen. Hamburg stand im Oktober auf den Barrikaden. Mutige Männer und Frauen hatten zu tun, um Verpflegung, Munition und andere Dinge herbeizuschaffen. Zahlreiche Helfer aus der Bevölkerung unterstützten sie dabei. Die Zahl der mit Schußwaffen ausgerüsteten Kämpfer wurde auf 300 beziffert. Im „Nachspiel“ - vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts - zeigten die Angeklagten weder Unruhe noch Angst. Das betrachte ich als proletarisches Verhalten vor einer Institution des bürgerlichen Staates. Diese Einstellung war nicht etwa eine Besonderheit in diesen Prozessen. Sie ist auch bei vielen anderen Ereignissen geschildert worden und kann in der Literatur und in Dokumenten nachgeprüft werden.

Aus Billstedt nenne ich folgende am Aufstand beteiligte Personen: Anton Switalla, Adolf Rembte, Fiete Schulze, Otto Gröllmann, Rudi und Wilma Giffey, Lina Becker, Marie Priess.



Radierung von Willy Colberg:  
Arbeiterfrau hilft ihren Genossen



Radierung von Willy Colberg: Ernst Thälmann im Kampfgeschehen in Barmbek

Aus Hamburg waren u.a. dabei:

Fiete Dettmann, Harry Naujoks, Gustav Gundelach, Hans von Borstel, Willi Willendorf, Hugo Gill, Willy von der Reith, Willi Gerlach, Paul Vogeley, Robert Mause.

Ich möchte das eben Gesagte noch an drei Beispielen verdeutlichen:

1) Am 16. Prozeßtag, als die Verteidigung betonte, daß es den Kommunisten bei den Kampfaktionen nicht um irgendwelche Spielerei oder gar persönliche Bereicherung, sondern um die Verwirklichung ihrer politischen Ziele im Interesse der gesamten Arbeiterklasse ging, traten alle Angeklagten in der Uniform des Roten Frontkämpferbundes (RFB), in den grauen Kitteln mit Leibriemen, auf. Für das Strafgericht war das völlig ungewohnt, schließlich existierte der RFB noch nicht lange. In aller Eile bestimmte der Vorsitzende, die Uniformen abzulegen.

Der Rote Frontkämpferbund wurde auf Initiative der KPD gegründet, um proletarische Frontkämpfer zum Kampf gegen Militarismus und Faschismus zu sammeln. Mitte 1924 entstanden die ersten Gruppen, Anfang 1925

1953 schuf Willy Colberg das Bild mit Ernst Thälmann im Hamburger Aufstand. Er hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und von älteren Genossen die dabei waren, viele Details erfahren. So schienen mir, neben anderen Dokumenten und Zeitungsausschnitten, die Bilder von Willy Colberg zu Illustration dieser Arbeit am besten geeignet.

fand die 1. Reichskonferenz statt. Er war offen auch für Nicht-KPD-Mitglieder und hatte die Aufgabe, Versammlungen der Arbeiter vor Anschlägen der Reaktion zu schützen. Er widmete sich der politischen Aufklärung und Wehrerziehung seiner Mitglieder, bekannte sich zum proletarischen Internationalismus und setzte sich für die Verteidigung der Sowjetunion ein.

Auch die SPD hatte einen Schutzverband, der sich „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nannte.

2) Am 22. Mai, nachdem der Prozeß ein Vierteljahr gedauert hatte, erschienen alle Angeklagten (die meisten von ihnen waren Frauen) im Blumenschmuck. Das rief nicht nur Sympathie in den Arbeitervierteln hervor, sondern stärkte das gemeinsame Handeln. Ich glaube, daß dieses Auftreten einer Konzeption entsprach, die besagte: In einer Klassengesellschaft muß gekämpft werden, man darf sich nicht alles gefallen lassen.

3) Bei Prozeßbeginn erschienen alle Angeklagten mit dem Parteiabzeichen der KPD. Das könnte man als geringfügig ansehen, aber das geschlossene Auftreten tat seine Wirkung.

An dieser Stelle möchte ich Ernst Thälmanns Worte hinzufügen:

„Der Aufstand entsprang weder dem blinden Zufall noch dem freien Willen von ein paar Verschwörern. Der Aufstand entsprang der revolutionären Situation vom Herbst 1923.“ Er setzte ein Wort über das Bewußtsein der Arbeiter hinzu: „Die Arbeiter kämpfen noch nicht um die Macht, sondern nur um die dringlichsten Tagesforderungen, um die Beseitigung der brennenden Not.“(9)

## IX. Die Bürgerschaftssitzung am 24. Oktober 1923

Am zweiten Tag der Kämpfe tagte abends die Hamburger Bürgerschaft. Was war bemerkenswert an diesem wichtigen Abend?

Der Aufstand wurde, nachdem Barmbek und Schiffbek nicht mehr gehalten werden konnten, durch einen geordneten Rückzug beendet. Letzte Kämpfe haben noch am 25. Oktober in den Randgebieten um Wandsbek-Gartenstadt stattgefunden.

Die Gefangenen wurden abgeführt und in Gewahrsam genommen. Zu den Verhören gehörten auch Prügel und Erpressungen.



Radierung von Willy Colberg: Barmbek – neue Munition ist gekommen

In der Bürgerschaft herrschte eine patriotische Stimmung. Es brodelte wie in einem Dampfkessel. Die KPD war durch Verhaftung wichtiger Bürgerschaftsabgeordneter und anderer Funktionäre dem harten Druck des Staates und der Polizei ausgesetzt. Viele der Hamburger Genossinnen und Genossen waren verhaftet und wurden verhört. Es begann das bekannte Spiel: Polizei und Justiz brauchten „Beweise“, wollten Namen von Beteiligten erfahren und versuchten, Fakten und Material zu sammeln. So war es verständlich, wenn nur ein einziger KPD-Bürgerschaftsabgeordneter (K. Sess) an der Sitzung teilnahm. Ein SPD-Vertreter sagte: Einen solchen Angriff auf den Hamburger Staat und auch auf die unbesiegbare Hamburger Sozialdemokratie hätte Hamburg noch nicht erlebt. Man war erleichtert, daß nicht noch mehr Stadtteile einen kurzzeitigen Machtwechsel erlebten und daß das Hamburger Umland ruhig blieb. Besonders die begüterten kapitalkräftigen Abgeordneten hatten unruhige Zeiten befürchtet. Sie hatten Angst um ihre Firmen oder andere Wertobjekte.

Nur der Bürgerschaftspräsident Ross, ein Sozialdemokrat, sagte klar und deutlich: „Wir müssen jetzt mit dafür sorgen, daß die Menschen Arbeit,

ausreichende Ernährung und eine neue Währung bekommen, damit die berechnete Sorge um die Zukunft von ihnen genommen werden kann.“ Ross beklagte die blutigen Auseinandersetzungen, bezeichnete die Kommunisten als Putschisten und fuhr fort: „Die äußere Form des Staates, Ruhe und Ordnung müssen hergestellt werden. Aber damit allein werden die tiefer liegenden Ursachen solcher Vorgänge nicht beseitigt.“ Er bezeichnete die Auseinandersetzungen als „Ausfluß der wirtschaftlichen Notlage des Volkes“, die behoben werden müsse. Dagegen beschränkten sich andere Redner darauf, die Kommunisten, das Chaos und den großen angerichteten Schaden anzuklagen.

In dieser gespannten Atmosphäre ertönte ein Zwischenruf des kommunistischen Abgeordneten K. Sess: „Wer hat denn diese Zustände herbeigeführt, auf wessen Konto geht das?“ Und er beantwortete die Frage gleich selbst: „Die besitzende Klasse, die Geldsäcke und Sie als Vertreter oben drein sind doch verantwortlich!“ Lautstarke Empörung war die Reaktion.



Radierung von Willy Colberg: Barmbek – erneute Beratung

Der „Kommunistenputsch“, wie der Aufstand während der Sitzung genannt wurde, hatte ja nicht nur Opfer unter den „Ordnungskräften“ gefordert. Diese wurden aber in der Debatte sehr bedauert und betrauert. Die Opfer unter der Bevölkerung spielten bei den Abgeordneten kaum eine Rolle.

Für die eine Seite ging es bei diesem Aufstand und bei dessen Niederschlagung um die Bewahrung gesellschaftlicher Machtstrukturen. Für die andere Seite ging es um die nackte Existenz in den Vororten und Arbeiterstadtteilen, um das Ende des Hungers, um ein einigermaßen menschenwürdiges Leben.

Aber das war für die große Mehrheit der Abgeordneten, abgesehen von der Bemerkung des Präsidenten, nicht von Belang. Bei dieser Gleichgültigkeit ist es nicht verwunderlich, wenn die verelendeten Massen zu solchen Mitteln greifen, wie es beim Hamburger Aufstand geschehen ist. Die Bürgerschaft faßte an diesem Abend den Beschluß: Der Senat könne ohne Zustimmung des Parlaments ein Sofort-Notprogramm zur Kreditbeschaffung durchführen und einen Fonds für eine neue krisenfeste Währung schaffen. (10)

Es folgten weitere Maßnahmen gegen die KPD. Dabei legten die Staatsorgane eine bemerkenswerte Eile an den Tag. Schon in der Nacht des 24. Oktober wurden folgende kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete verhaftet: Karl Köppen, Alfred Levi, Fritz Esser und Karl Rühl, etwas später die Redakteure der „Hamburger Volkszeitung“ Hermann Jensen und Richard Scheible. Bereits am 7. November 1923 beschloß die Bürgerschaft, die Immunität der KPD-Abgeordneten aufzuheben.

Hugo Urbahns konnte erst am 13. Januar 1924 verhaftet werden. Ernst Thälmann, dem man sehr gerne den Prozeß gemacht hätte, Fiete Schulze und Hans Kippenberger, der militärische Berater in Barmbek, konnten sich der Verhaftung entziehen. Die Justiz versuchte auch, die Immunität des Reichstagsabgeordneten Thälmann aufzuheben. Das konnte aber in einer Verhandlung in der Rechtsabteilung des Reichstags nicht durchgesetzt werden.

Politische Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft und Ziele der Parteien:

#### STIMMENERGEBNISSE 1921 UND 1924

1921 zählte die Bürgerschaft 150 und 1924 153 Abgeordnete. Die Wahl von 1924 brachte eine schwere Niederlage für SPD und DDP, die den Hamburger Senat stützten. Die SPD verlor fast 13 Prozentpunkte. Die Kommunisten konnten sich stärken. Es fällt aber auf, daß auch die Ultrarechten stark an Stimmen und Mandaten gewannen.

##### 1) Deutsche Demokratische Partei (DDP):

23 Mandate	14,1%	1921
21 Mandate	13,2%	1924

##### 2) Deutsche Volkspartei (DVP):

23 Mandate	13,9%	1921
23 Mandate	14,0%	1924

##### 3) Deutschnationale Volkspartei (DNVP):

18 Mandate	11,3%	1921
28 Mandate	17,0%	1924

##### 4) Kommunistische Partei Deutschlands (KPD):

17 Mandate	11,0%	1921
27 Mandate	14,7%	1924

##### 5) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

67 Mandate	40,6%	1921
53 Mandate	27,7%	1924

#### ZU DEN ZIELEN UND ZUR POLITIK DER PARTEIEN:

1) DDP: Linksliberale Partei, war aus der Freiheitlichen Volkspartei des Kaiserreichs hervorgegangen. Sie war bemüht, Forderungen aus der Arbeiterschaft zu berücksichtigen, und wollte die Arbeiter in den Staat integrieren. Sie sah die SPD als Bündnispartner. Ihre Wählerschaft bestand aus vielen Lehrern und anderen Teilen der mittleren Beamtenschaft. Auch viele jüdische Menschen sahen in der DDP ihre Interessenvertretung.

2) DVP: Rechtsliberale Partei, prominentester Vertreter war Gustav Stresemann. Sie war die Partei der Kaufleute, Schiffseigner und Bankiers - die typische Unternehmerpartei. Heimlich - später auch offen - galt für sie die Devise: Lieber die Bismarck-Ordnung als die Weimarer Republik.

3) DNVP: Ultrarechte nationalistische und antijüdische Partei, spätere Partnerin der Nazis in der „Harzburger Front“. Sie lehnte die Weimarer Republik von Anfang an ab. Sie war die Hauptpartei des ostelbischen Großgrundbesitzes. Es ist schon bemerkenswert, daß diese Partei im angeblich liberalen, weltoffenen Hamburg 1924 zur stärksten bürgerlichen Partei wurde.

4) KPD: Die Ziele der KPD dürften im wesentlichen bekannt sein, ich habe sie auch in dieser Arbeit bereits dargestellt. Auf die Stimmenergebnisse in einzelnen Stadtteilen werde ich noch eingehen.

5) SPD: Sie bildete 1921 einen Senat, unterstützt und toleriert von den bürgerlichen Parteien (außer DNVP). 1924 ergab eine Koalition mit der DDP noch keine Mehrheit, so wurde die DVP mit hinzugenommen. Auch 1919, als die SPD mit 82 Mandaten die absolute Mehrheit hatte, wurde der Senat nicht allein von ihrer Partei gestellt. Mit der linken USPD (und später mit der KPD) wollte die SPD nicht zusammenarbeiten. (11)

## X. Schwerpunkte und Erkenntnisse

Zum 1. Prozeß sagte ich: Die Richter waren bemüht, die Bestrafung der „Rädelsführer“ entsprechend ihren Anweisungen durchzusetzen. Von den führenden Leuten konnten jedoch nur wenige angeklagt werden. Es war nicht möglich, gegen Ernst Thälmann oder Fiete Schulze gerichtlich vorzugehen.

Der Vorsitzende des 1. Prozesses war bestrebt, sich durch eine Vielzahl von Zeugen Beweismittel zu beschaffen. Die Zeugen wurden von Polizei und anderen Diensten benannt, bei den Kommunisten waren sie oft als Spitzel bekannt.

Das Gericht ging davon aus, daß die Verhafteten der Führungsstab des Aufstands sein mußten.

Man kann sagen, dieser erste Strafprozeß verlief nach dem Schema:

Der Aufstand ist als Angriff auf den Staat und die bürgerliche Ordnung zu betrachten. In scharfer Form verurteilte der Vorsitzende den Aufstand und sagte, er habe Chaos und Verwüstungen gebracht. Von den Ursachen, also von der Inflation und Wirtschaftskrise, sprach er nicht. Ich betone noch einmal: In der Weimarer Republik wurden Arbeiter als Mörder bezeichnet und im Kampf getötete Polizisten zu Helden stilisiert. Dieser Prozeß bildete da keine Ausnahme. Das zeigt auch ein Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert an den Hamburger Senat (Okt. 1923).

Für den Schiffbeker Prozeß sind diese staatlichen Leitlinien genauso angewendet worden, obgleich dieser stärker örtlichen Charakter hatte. Die Staatsorgane gingen davon aus, daß mit einer Verurteilung und Bestrafung der Kämpfer eine Minderung des kommunistischen Einflusses in der Arbeitervorstadt Schiffbek erreicht würde. Diese Vorstellung des Gerichts erfüllte sich nicht, was sich in den Jahren nach 1923 zeigte. Daß die Absichten des Gerichts durchkreuzt wurden, lag nicht zuletzt am Auftreten der beiden Rechtsanwälte Hegewisch und Schmidt. Die Möglichkeit der Angeklagten, sich auf die Weimarer Verfassung und auf das Widerstandsrecht zu berufen, wurden von ihren Anwälten zielstrebig genutzt. Das scheint mir erwähnenswert und beachtlich.

#### X.1. DER SCHIFFBEKER AUFSTAND IN DER LOKALPRESSE

Das „Billstedter Wochenblatt“ brachte eine Sonderveröffentlichung als Extrablatt zu diesem Thema (siehe Literaturhinweise). Bei dieser Arbeit handelte es sich um eine bürgerliche Darstellung der damaligen Ereignisse. Aktionen der Polizei und der eingesetzten Soldaten wurden dort als rechtmäßig und notwendig bezeichnet.

In diesem Extrablatt gibt es eine Ausnahme, die Wilma Giffey, geb. Schulze und Fiete Schulze betrifft. Von der bekannten Familie Schulze wußte man, daß Fiete am 22. Oktober Geburtstag hatte. Es ist deshalb anzunehmen, daß er mit seiner Tochter gesprochen hat und nicht wollte, daß sie auf die Straße ging. Er sagte ihr: Die Schule fällt aus, du kannst zu Hause bleiben. Damit wollte er mögliche Gefahren des Aufstandes von ihr fernhalten (siehe W. Giffey, Lebensabschnitt). Andererseits haben Kinder und Jugendliche in Schiffbek mitbekommen, daß ein Kampf notwendig war, um das Leben der Familien zu bessern.

Der Aufstand wurde im Extrablatt als Putsch einer radikalen Ortsgruppe der KPD charakterisiert. Wiederholt kehrte die Formulierung „Schiffbeker Räterepublik“ in Überschriften zum Text wieder. Weder wir noch die damaligen Kämpfer noch andere, die an diesem Thema interessiert sind, haben jedoch diesen Aufstand als „Räterepublik“, wie es im „Wochenblatt“ geschah, bezeichnet. Es gab einen Aufruf des provisorischen Vollzugsausschusses, daß alle öffentlichen Ämter und Gebäude zu besetzen sind, mehr nicht.

In Schiffbek konnten sich die Kämpfer teilweise der Verhaftung entziehen. Aber zahlreiche andere erlitten Verwundungen, mußten viel auf sich nehmen, z.B. die Familie verlassen, um sich neue Arbeit zu suchen. Das Leben in der Illegalität war mühevoll und mit langer Abwesenheit verbunden. Die unter solchen Umständen lebenden Kämpfer erfuhren Solidarität und Hilfe. Die arbeitende Bevölkerung zeigte, was auch unter schwierigen Bedingungen alles an Solidarität möglich war.

All dies konnte oder wollte der Schreiber des Artikels im „Wochenblatt“ nicht bringen.

#### X.2. LOKALES AUS HORN, BETR. HERRN DANNER

Auch die Story über den Oberstleutnant Danner gehört zu meinem Thema. Für mich ist es eine neue „Erkenntnis“.

Ich gehe davon aus, daß er 1919 am Anfang seiner Polizeiaufbahn stand. Er sammelte bei der Niederschlagung der Bremer Räterepublik Bürgerkriegserfahrungen und gehörte zur Division Gerstenberg, einer Freikorps-Einheit.

Auf seine Spur bin ich gekommen, als ich Material über beide Prozesse gelesen habe. Jetzt bin ich in der Lage, etwas über diesen „Staatsbeschützer“ zu sagen, der 1923 Oberster Polizeichef in Hamburg war und den Einsatz in Schiffbek leitete. Die Information über seinen Dienst in der Division Gerstenberg machte mich stutzig. Daß gerade Herr Danner durch die Namensgebung „Dannerallee“ 1962 in der Horner Geest geehrt wurde, finde ich eine fatale Entscheidung für unsere Stadt. Hier wurde ein Mann geehrt, der es nach meiner Meinung nicht verdient hat.

### X.3. Lebensabschnitte

#### RUDI GIFFEY

Im damals sehr bekannten „Roten Viertel“ in Hammerbrook ist Rudi aufgewachsen. Der Vater war Zigarrendreher. Wenn er arbeitslos war, und das passierte des öfteren, bedeutete das für die Familie: Der Gürtel mußte noch enger geschnallt werden. Die Mutter wußte nicht, wie sie alle satt kriegen sollte. Rudi mußte sich mit seiner Schwester und seinem Bruder durchschlagen, so gut es ging.

In diesem Arbeiterviertel gab es Massenquartiere, Hinterhöfe und viele kleine Gewerbebetriebe. In den Därmekellern wurden Därme gereinigt, was natürlich Gestank verbreitete. Noch schlimmer waren die häufigen Krankheiten wie z.B. Tuberkulose, hervorgerufen durch die mangelhafte Ernährung und die schlechten Wohnverhältnisse. All dies prägte Rudis Entwicklung. Er war in der kommunistischen Jugend organisiert und erlebte die drei Oktobertage 1923 als sechzehnjähriger Kurier. Bald trat er in die KPD und den RFB ein.

Wie seine spätere Frau Wilma erzählte, hat er als Jugendlicher Brötchen und Zeitungen ausgetragen, um für die Familie einige Pfennige zum Lebensunterhalt beitragen zu können. Sie sprach auch davon, daß er sich in Schiffbek (Billstedt) an politischen Diskussionen in Versammlungen und anderswo beteiligte. Durch intensives Lesen marxistischer Literatur eignete er sich ein beachtliches Wissen an. Ich möchte auch erwähnen, daß Rudi ein geselliger Mensch war, der interessant erzählen konnte und in fröhlicher Runde und bei vielen anderen Gelegenheiten ein Lied anstimmte.

In enger Gemeinschaft mit seinen Freunden und Genossen entwickelte sich Rudi zu einem gradlinigen Menschen und erfahrenen antifaschistischen Kämpfer. Mut, Verschwiegenheit, Willenskraft und Intelligenz halfen ihm, die acht Jahre in faschistischer Haft durchzustehen und Probleme nach 1945 zu meistern.

#### NACHRUF AUF RUDI GIFFEY

aus dem Rundbrief der Gedenkstätte Ernst Thälmann vom 30. Mai 1997:

Rudi Giffey \*10.3.1907 - † 9.4.1997

In einer Arbeiterfamilie aufgewachsen, erlebte Rudi den Oktober-Aufstand als 16jähriger Kurier und organisierte sich in der Kommunistischen

Jugend. 1926 trat der Schlosser in die KPD ein und entwickelte sich zum konsequenten Nazi-Gegner. Als Angehöriger des RFB wurde er ins KZ Fuhlsbüttel eingesperrt und 1935 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. 1939 entlassen, kam er im 3. Kriegsjahr mit der Widerstandsorganisation um Bernhard Bästlein in Verbindung, über Marie Prieß und Sohn Heinz mit zwei bei ihnen versteckten Illegalen. Als er von deren am 15. Oktober 1942 erfolgten Festnahme erfuhr, warnte er sofort Otto Gröllmann, der die Nachricht weitergab, so daß Franz Jacob und Addi Matschke untertauchen konnten. Noch am selben Abend wurde auch Rudi verhaftet, 1944 erneut angeklagt und im sog. „Fallschirmspringer-Prozeß“ zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam nach Brandenburg, wo die Rote Armee ihn befreite. Als Mitglied unseres Kuratoriums war er in der Thälmann-Gedenkstätte sowie in Schulen ein gesuchter Gesprächspartner. Im 90. Lebensjahr sagte Rudi, er wünsche sich einen besseren Sozialismus. Frühere Kollegen der Hamburger Wasserwerke ehrten Rudi Giffey mit einem Nachruf.

#### WILMA GIFFEY

Wilma und Rudi sind 1975 von Billstedt nach Horn umgezogen. Da meine Frau Hilde und ich in der Nähe wohnten, lernten wir uns auch persönlich kennen. Wir trafen uns auf Gruppenabenden der VVN und der DKP. Des öfteren hatten unsere Gespräche das Leben unseres Genossen Fiete Schulze zum Inhalt. Besonders gut kann ich mich an Wilmas Erzählungen über ihren Aufenthalt in der Sowjetunion erinnern. Rudi sprach nur wenig über sein Leben während der Nazizeit. Den größten Teil davon verbrachte er im Konzentrationslager, und über die dortigen entsetzlichen und menschenunwürdigen Erlebnisse konnte er gar nicht reden.

Im Jahre 1923 war Wilma acht Jahre alt. Auch wenn sie damals noch ein Kind war, hat sie bis ins heutige hohe Alter die Erlebnisse in dieser Zeit nicht vergessen. Ich meine insbesondere den „Ratschlag“ des Vaters an seine Tochter.

An dieser Stelle muß etwas über Fiete Schulze gesagt werden. Seine Verhaftung erfolgte 1933. Zwei Jahre benötigte die politische Justiz, um Anklage gegen ihn erheben zu können. Hohe Vertreter der NSDAP, auch Nazi-Bürgermeister Krogmann, versuchten, Fiete Schulze von seiner Gesinnung abzubringen. Das „Angebot“, für sie zu arbeiten, war für ihn eine Beleidigung und blieb ohne Erfolg.

In Briefen an seine Frau und seine Tochter aus der Haft erklärte er, warum die politischen Verhältnisse 1933/34 sich so schwierig entwickelt haben, und teilte ihnen seine Überzeugung mit: „Unsere kommunistischen Ziele, die Veränderung der Gesellschaft, bleiben auch unter den neuen Bedingungen bestehen.“

In einem Brief an Wilma zu ihrem 19. Geburtstag vom 4.2.1934 hieß es neben dem Geburtstagsgruß u.a.: „...damit Du nicht von den Verhältnissen zum Produkt geformt wirst, sondern helfen kannst, die Verhältnisse fortschrittlich zu formen. ... Es gibt nur eins, lernen, lernen und nochmals lernen.“

Vorstellungen von der Erziehungsarbeit in der Familie und allgemein unter den Arbeitern entwickelten sich bei Fiete Schulze in den Jahren der Weimarer Republik. Er stellte hohe Anforderungen an sich selbst – an Disziplin und an den Willen zum Verändern der Gesellschaft. Und diese Anforderungen übertrug er auch auf seine Tochter und auf andere.

Am 8. März 1935 – Wilma war 20 und mit Rudolf Kroohs verheiratet, ihre Tochter Rita war ein halbes Jahr alt – wurde das Urteil gegen Fiete Schulze verkündet. Es lautete: Dreimal zum Tode und 260 Jahre Zuchthaus. Die Hinrichtung wurde am 6. Juni 1935 vollzogen.

Dieses Urteil setzte ein weiteres Signal, und man konnte erkennen, wie im Nazi-Reich mit Gegnern oder gar „Feinden“ umgegangen wurde.

Der schmerzliche Verlust ihres Vaters traf Wilma schwer. Sie wurde von tiefer Trauer erfaßt, die kaum zu überwinden war. Von Nachbarn und Freunden erfuhr Wilma solidarische Hilfe. Dazu gehörten Mut und großer Einsatz. Denn 1935 waren alle Parteien verboten, es gab nur noch die NSDAP. Kommunisten, Sozialdemokraten und viele andere, die sich nicht unterordnen wollten und für Menschenwürde und Freiheit eintraten, waren verhaftet oder ins Ausland emigriert. Einige arbeiteten dennoch weiter, auch in Hamburg und in anderen Orten.

Wilma bekam mit ihrem Mann und der Tochter die Möglichkeit. Nazi-Deutschland zu verlassen und in der Sowjetunion zu leben. Nach einer gewissen Umstellungs- und Gewöhnungszeit äußerte Wilma den Wunsch, in einem Textilbetrieb zu arbeiten, wie sie es in Billstedt bei der Jute am Webstuhl getan hatte. Dem wurde entsprochen. In ihrer neuen Heimat war es nötig, bald Russisch zu lernen, denn sie wollte sich ja unterhalten und verständigen können.

Ihr Mann Rudolf Kroohs meldete sich zu den „Internationalen Brigaden“ nach Spanien. Er wollte dort mit vielen anderen mithelfen, den Siegeszug des Faschismus in Europa zu stoppen. 1938 ist er am Ebro gefallen.

1946 kehrte Wilma mit ihrer Tochter nach Hamburg zurück und engagierte sich in der KPD und in der VVN.

In Billstedt freundete sie sich mit dem Genossen Rudi Giffey an. Im Oktober 1947 heirateten sie, und ein Jahr danach wurde ihr Sohn Werner geboren.

#### WILLI REICHERT

Willi wurde 1909 geboren und lebte in seiner Jugend in Hohenfelde in einer Arbeiterfamilie. Schon früh kam er mit der kommunistischen Partei in Berührung, auch sein Vater war dort Mitglied. Er war interessiert, mitzuhelfen, die Bevölkerung aufzuklären, und er verteilte dazu Flugblätter und Wahlmaterial der KPD.

Er konnte keinen Beruf erlernen und bemühte sich, als Schiffsjunge zur See zu fahren. 1925, also mit 16 Jahren, konnte er das verwirklichen. Willi fuhr als Leichtmatrose nach Asien, Afrika, auch nach Australien. Auf den Reisen und an Bord sammelte er Lebenserfahrungen und lernte viele unterschiedliche Menschen kennen.

Für die Behörden war er aber „politisch unzuverlässig“. Ab 1932 verlängerten sie seine Seefahrtserlaubnis nicht mehr, weil er sich zu sehr für die KPD stark gemacht hatte. Das hatte wiederum zur Folge, daß er in der Nazi-Zeit zweimal verhaftet und zu 10 bzw. 8 Monaten Haft verurteilt wurde, was er auch absitzen mußte.

Ab 1935 war er Bauhilfsarbeiter in Billbrook. Es folgte eine Dienstverpflichtung zu Blohm & Voß ans Trockendock Elbe 17. 1941 kommandierte der Staat ihn zur Kriegsmarine. Er war einer der zahlreichen Arbeiter, die als Marinesoldaten eingezogen wurden. Willi kam auf einen Sperrbrecher (wie die Nazis es nannten) im Ärmelkanal. Diese Brecher sollten die Ein- und Ausfahrt deutscher U-Boote sichern.

1939 hatte Willi geheiratet, damit seine Frau für alle Fälle versorgt sein sollte.

Kurz vor Kriegsende kam er zusammen mit anderen Kameraden in britische Gefangenschaft, wurde nach England gebracht und arbeitete dort in der Landwirtschaft. Als er 1947 nach Hamburg zurückkehrte, war seine

Ehe kaputt. Seine Frau war mit einem anderen Partner zusammen.

Bald wurde er Mitglied der KPD und der VVN. Bevor er am Billstedter ZOB sein „Amt“ als Verkäufer in einer Würstchenbude aufnahm, war er wieder in Billbrook auf dem Bau. Hier kam ihm zugute, daß er noch aus seiner Seefahrtszeit, aber auch durch eigene Anstrengung, Ahnung hatte, wie man Trossen und Seile anfertigt und wie man damit umgeht. Er erzählte in seiner humorvollen Art: „Ja, als Seemann habe ich das Spleißen nicht gelernt. Wir mußten den Schiet wegmachen und kriegten nur einfache Arbeiten zugeteilt. Habe mir Bücher geholt und zu Hause probiert, bis ich es konnte. Da diese Arbeit kompliziert war und Fertigkeit erforderte, habe ich auch einen entsprechenden Lohn bekommen.“

In Billstedt lernte Willi auch Rudi und Wilma kennen. Der Verkauf der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) ist ihm auch heute noch Bedürfnis und Verpflichtung. Er trifft sich meistens am Sonnabend im Einkaufszentrum mit seinen Freunden. Die „Alten“ sprechen über frühere Zeiten und über aktuelle Probleme. Dabei bringt Willi die UZ „an den Mann“.

## XI. Das Kampfgebiet Barmbek

Der Arbeiterstadtteil Barmbek war von der Gründung der KPD an (Jahreswende 1918/1919) ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit. In diesem Gebiet gab es zahlreiche kleine typische Häuser, in langer Reihe aneinander liegend und durch Terrassen verbunden. Auch dreistöckige Mietskasernen in unterschiedlichem Zustand kamen hier vor. Die räumliche Nähe der Bewohner bot gute Möglichkeiten für Freundschaften und Verbundenheit füreinander. Die Miete war niedrig, trotzdem reichte der Lohn oft nicht für das Leben der Familien. Aber dieses Los traf die Mehrheit der Bewohner.

Im Oktober 1923 gelang es durch die Unterstützung der Barmbeker, in kurzer Zeit 57 Barrikaden und Straßensperren zu bauen. Meistens ergriffen Frauen dabei die Initiative. Eine große Zahl von „Proleten“ dieses Stadtteils arbeitete im Hafen und in anderen großen Betrieben. 1923 und vorher hat es immer wieder erbitterte Auseinandersetzungen um Lohn und Brot gegeben.

Ich erzähle einmal, wie es Ernst Thälmann dort erging. Er mußte auf der Abwrack-Werft Kubatz hart arbeiten. Zuvor hatte er wegen seiner politischen Aktivitäten seine Stelle beim Arbeitsamt verloren. Der Konflikt entstand im Betrieb, als der Unternehmer das Akkordsystem änderte und nicht mehr 200 Mark pro Tonne, sondern nur noch 60 Mark zahlen wollte. Die Belegschaft begann sofort mit einem Streik, der konsequent geführt wurde und nach einer Woche Erfolg hatte. Der alte Lohn mußte weiter gezahlt werden. Thälmann schrieb dazu: „Derjenige Kommunist, der im Betrieb steht wie ich, muß in vorderster Linie mit proletarischer Energie dem Unternehmer entgentreten. Mit seinem Beispiel muß er den Arbeitern zeigen, daß er gewillt ist, auch ungesetzliche, aber revolutionäre Maßnahmen zu vertreten“. (12)

Wie Thälmann in diesem Fall haben auch in Barmbek und Schiffbek 1923 unter anderen Bedingungen viele den Kampf aufgenommen und sich mit ganzer Kraft für eine bessere Gesellschaftsordnung eingesetzt.

Über das Echo in der Hamburger Bevölkerung hieß es unter der Überschrift „Im befreiten Barmbek“ im „Hamburger Fremdenblatt“ vom 26.10.23: „Donnerstagnachmittag, eine wahre Völkerwanderung zu den Hauptkampfplätzen in Barmbek setzte ein. Tausende wollten etwas sehen, diskutierten in Gruppen im eifrigen Gedankenaustausch.“ Wie die Zeitung weiter schrieb, wurde geäußert, dem Putsch habe ein wohlvorbereiteter, militärisch organisierter Plan zugrunde gelegen. Polizisten in den ausgehobenen Schützengräben und hinter den Barrikaden hätten nicht jungen Burschen, sogenannten Halbstarcken, gegenübergestanden, sondern kampfgewöhnten Männern von 30 - 40 Jahren. Andere Besucher des Kampfgebietes bekundeten ihre Sympathie mit den Kämpfern. Bei den zahlreichen Gesprächen gab es Vermutungen, daß auswärtige



Die Ordnungspolizei zieht ab

Kämpfer (aus dem roten Sachsen), die am Dialekt als Nicht-Hamburger erkennbar waren, dabeigewesen sein sollen.

Es gab Schilderungen von Augenzeugen, wie Straßensperren durch gefällte Bäume errichtet wurden. Man erzählte, wie Frauen in den Kämpfen in regelmäßigen Abständen für die Kämpfenden Lebensmittel und Munition gebracht haben. Die Mitwirkung der Frauen in den Kämpfen wird anschaulich im Film von Klaus Wildenhahn und Gisela Tuchtenhagen „Der Kampf wurde abgebrochen“ von 1972 dargestellt. Der obige Artikel meldete weiter: „An den Aufräumarbeiten in Barmbek wird ersichtlich, daß z.B. die Straßenbahnlinie nach Bramfeld noch längere Zeit außer Betrieb sein wird.“ Erregung herrschte nach dem Zeitungsbericht in der relativ ruhigen Arbeiterschaft darüber, daß Frauen und Kinder immer noch keine ordnungsgemäße Ernährung erhielten. In der Zeitung vom 26.10.23 wurde noch mitgeteilt, im Hafengebiet sei der Streik immer noch nicht beendet. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute hätten den ergangenen Schiedsspruch abgelehnt. Auch in den Ölwerken „Stern und Sonneborn“ streikten die Arbeiter noch für ihre Forderungen.

Der Abbruch des Aufstands hat die Empörung der Kollegen im Betrieb und in den Arbeitervierteln nicht beenden können, denn die gesellschaftlichen Ursachen, die ja zum Aufstand beitrugen, waren nicht behoben worden.

## XII. Bewegungen und Kämpfe 1924

Im Dezember 1923 wurden der Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche erneut als regelmäßige Arbeitszeit festgelegt. Immer noch gab es Probleme mit der Währung und der Wirtschaft. Noch im Mai 1924, so der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), arbeiteten 45% der Arbeiter länger als 48 Stunden, meistens 54 Stunden pro Woche. Streiks und Aussperrungen waren in zahlreichen Betrieben an der Tagesordnung.

Besonders zugespitzt war die Lage auf den norddeutschen Werften.

Eine von den Unternehmern geforderte Arbeitszeitverlängerung scheiterte am Protest der Arbeiter, aber auch an der flauen Wirtschaftslage und un- ausgelasteten Kapazitäten.

Der Streik begann im Februar und dauerte 13 Wochen bis Mai 1924. Die Werftarbeiter konnten durchhalten, weil sie Solidarität von anderen Gewerkschaften, von der Bevölkerung aus Hamburg und von der Küste erhielten. Sie bekamen Geldspenden und Lebensmittel.

Nach dem Aufstand war wohl die Erkenntnis gewachsen, daß die Forderungen der Arbeiter und der Gewerkschaften nur gemeinsam durchgesetzt werden konnten.

Im Mai 1924 wurde festgelegt: Die 48-Stunden-Woche bleibt bestehen. Aber immer wieder versuchten die Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Erst 1925 war für 80% der Arbeiter der Achtstundentag durchgesetzt.

### WAHLERGEBNISSE 1924

Im Mai 1924 fanden Reichstagswahlen statt, im Oktober 1924 Bürgerschaftswahlen und im Dezember 1924 wieder Reichstagswahlen.

Trotz der Niederlage im Oktober 1923 gab es bei den Wahlen 1924 keine Resignation auf der Seite der Linken. Der Stimmenanteil der KPD war stark angestiegen.

So hatte es im Februar 1921 in Hamburg noch 56.900 Stimmen für die KPD gegeben. Im Mai 1924 waren es dagegen 110.900 Stimmen. In Harburg erhielt von 39.000 abgegebenen Stimmen die KPD 7.600, ca. 20%. In Wilhelmsburg gab es von 16.600 abgegebenen Stimmen 4.150 (25%) für die KPD, und in Schiffbek von 5.600 abgegebenen Stimmen 1.407, das sind ca. 25%.

Bei der Bürgerschaftswahl im Oktober und der Reichstagswahl im Dezember 1924 verlor die KPD in Hamburg allerdings etwa 4 Prozentpunkte gegenüber der Wahl im Mai 1924.

## Aufruf!

### An die Bevölkerung des Amtsbezirks Schiffbek

In ganz Deutschland ist die Arbeiterschaft in den Kampf um die Macht eingetreten. In großen Teilen Deutschlands ist die Macht in den Händen der Arbeiter. Auch in Schiffbek befindet sich die Macht in den Händen der Arbeiterschaft. Ein provisorischer Aktionsausschuß ist am Ort gebildet, dem die Vollstreckungsgewalt übertragen ist. Es ergeht an die Bevölkerung die dringende Mahnung, jegliche Plünderung zu verhindern und zu unterlassen, da sich der Vollzugsausschuß gezwungen sieht, Plünderungen mit der Todesstrafe zu ahnden. Der Vollzugsrat wird die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit allen Mitteln sicherstellen.

Um weitere Zwischenfälle zu vermeiden, fordert der Vollzugsrat alle diejenigen, welche im Besitze von Schuß-, Stoß- und Hieb- und Wurf- und Munitio- n sind, auf, sich bis heute abend 5 Uhr bei dem Vollzugsausschuß unter Angabe der Zahl und Art der Waffen zu melden. Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht schwere Strafen nach sich. Arbeitsbrüder! Der Sieg ist unser! Nun gilt es, das Errungene zu verteidigen und auszubauen. Darum fordert der Vollzugsausschuß die wehrfähigen Arbeiter auf, sich für den proletarischen Selbstschutz bis heute nachmittag 4 Uhr in der Wache, Hamburgerstraße 23, zu melden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schließt Euch zusammen zum Schutze des Arbeiterstaates Deutschlands. Es lebe Sowjetdeutschland!

Es lebe das Bündnis der Sowjetstaaten der Welt!

**Es lebe die Weltrevolution!**

Schiffbek, den 23. Oktober 1923

Der provisorische Vollzugsausschuß



Oben: Erhard Dressel spricht bei der Einweihung des Gedenksteins. Rechts: Inschrift - „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“

RICHARD V. WEIZÄCKER



Die ermordeten Widerstandskämpfer aus Billstedt/Horn

### **mahnen:**

Gegen Krieg, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit  
in unserem Stadtteil

#### JOSEF FLORCZAK

Am Tag der Reichstagswahlen am 5.3.1933 in Billstedt  
von der Polizei angeschossen und einige Tage später  
im Krankenhaus verstorben.

#### JOHN TRETIEN

Geboren 30.5.1892, wohnhaft Horner Landstraße 462,  
am 6.11.1933 im KZ Fuhlsbüttel erschlagen.

#### FIETE SCHULZE

Geboren 22.10.1894, wohnhaft Schiffbeker Weg,  
am 6.6.1935 im UG Hamburg durch das Beil enthauptet.

#### KATHARINA CORLEIS, geb. Engelke

Geboren am 15.12.1877, wohnhaft Gothaer Weg/ Ecke Öjendorfer  
Weg, am 26.6.1935 im KZ Fuhlsbüttel umgekommen.

#### KURT VORPAHL

Geboren am 7.5.1905, wohnhaft Legienstraße,  
am 26.6.1944 in Berlin hingerichtet.

#### ADOLF REMBTE

Geburtsdatum unbekannt, wohnhaft Steinbeker Hauptstraße,  
am 4.11.1937 in Berlin hingerichtet.

#### HEINZ PRIESS

Geboren 1920, wohnhaft Legienstraße,  
am 12.3.1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

#### PAUL KROLL

1944 in Frankfurt am Main hingerichtet.

## XIV. ZU DEN ANMERKUNGEN IM TEXT / QUERVERWEISE

- (1) S. 5: Veranstaltungsprogramm 1993  
Gedenkstätte Ernst Thälmann
- (2) S. 9: Hamburger Fremdenblatt, Oktober 1923 –  
Ausgaben Februar bis Mai 1925 (zum Prozeß).
- (3) KPD – Bezirksleitung „Wasserkante“ –  
„Die Hungerbilanz“, August 1923
- (4) S. 16: Larissa Reisner (sh. Literaturangaben)
- (5) S. 18: Ulrich Konetzka (sh. Literaturangaben)
- (6) S. 19: Hamburg im Aufstand/  
Der rote Oktober vor dem Klassengericht
- (7) S. 20: „Ein lehrreicher Vergleich“  
aus der Hamburger Volkszeitung vom 23. Okt. 1948
- (8) S. 30: Billstedter Wochenblatt, 25. Februar 1988 und Extraausgabe  
Billstedter Wochenblatt Oktober 1993 (sowie Einzelausgaben).
- (9) S. 34: Ernst Thälmann – Ausgewählte Reden und Schriften, S. 69  
sh. Literaturangaben
- (10) S. 36: Protokoll Bürgerschaftssitzung 24. Oktober 1923
- (11) S. 38: Politik der Bürgerschafts-Parteien, Hrsg. Werner Jochmann
- (12) S. 46: Hannes Heer, sh. Literaturangaben

## XV. LITERATURANGABEN

- Thälmann-Biographie, Autorenkollektiv Günter Hortzschansky u.a.  
Dietz-Verlag Berlin 1979
- Billstedts „vergessene“ Geschichte. Geschichtsgruppe des Städt.  
Projektes Sonnenland (Erhard Dressel, Roger Neukirch, Gert Krützfeld).  
Hamburg 1988
- Hannes Heer: Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und  
Bild dokumenten. Rowohlt-Taschenbuch, Hamburg 1975
- Ernst Thälmann, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.1.  
Verlag Marxistische Blätter. Frankfurt/M. 1976
- Heinz Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923.  
Berlin 1958

- Wulf D. Hund, Der Aufstand der KPD 1923 in Hamburg – Studien, Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie. Hamburg 1983
- Angelika Voß/Ursula Büttner/Hermann Weber: Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung kommunistischer Politik 1923 - 1933 in Hamburg und im Deutschen Reich. Landeszentrale für politische Bildung. Hamburg 1983
- Larissa Reisner, Hamburg auf den Barrikaden und andere Reportagen. Dietz-Verlag Berlin. 1960
- Hamburg – Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner vom Kaiserreich zur Gegenwart. Hrsg.: Werner Jochmann, Verlag Hoffmann u. Campe, Hamburg 1986
- Polizeibehörde Hamburg – Lothar Danner, Denkschrift über die Unruhen Oktober 1923 im Gebiet Groß-Hamburg
- Hamburg im Aufstand – Der rote Oktober vor dem Klassengericht, Berlin 1925
- Katalog: Wir sind die Kraft. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945. VSA-Verlag Hamburg 1988
- U. Konetzka, Bremen 1919: 26 Tage Räterepublik, Marxistische Blätter 3/94
- Fiete Schulze oder Das dritte Urteil. VAN (Vereinigung der Antifaschisten und Naziverfolgten e.V. Land Hamburg), Hamburg 1971
- Fiete Schulze, Briefe und Aufzeichnungen aus dem Gestapo-Gefängnis in Hamburg. Dietz Verlag 1959
- Ursula Büttner, Hamburg. z.Zt. der Weimarer Republik Land.-Zentr.-f.-polit.-Bildg., Hamburg 1996
- Annemarie Colberg in: Gerda Szepansky, Blitzmädel - Heldenmutter - Kriegerwitwe (Frauenleben im 2. Weltkrieg, Finker Tagebuch, Ffm. 1987)
- Georg Dünninghaus – Mit Thälmann auf den Barrikaden, Rundbrief aus dem Thälmannhaus, GET Nr. 28 - Juni 1995
- Alfred Dreckmann, „Wer nicht getauft ist, aufsteh'n!“ Das andere Bergedorf. VSA-Verlag Hamburg 1987
- Reinhard Kühnl – Die Weimarer Republik – Errichtung Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie. Distel-Verlag Heilbronn 1993
- Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Röderberg Verlag, 1969

## XVI. Ein lehrreicher Vergleich

### KAPP-REGIERUNG 1920

NAME	RANG	SCHICKSAL
Kapp	Reichskanzler	im Ausland
Bang	Finanzminister	in Freiheit
Dr. Taub	Kultusminister	amnestiert
Gottlieb v. Jagow	Innenminister	in Freiheit
Zumbroich	Justizminister	in Freiheit
Dr. Schiele	Wirtschaftsminister	in Freiheit
v. Falkenhausen	Chef der Reichskanzlei	in Freiheit
Geh. Oberpostrat		
Dr. Sönksen	Postminister	in Freiheit
Frhr. v. Wagenheim	Landwirtschaftsminister	in Freiheit
(Kl. Spiegel		
Eduard Meyer	Universitätsrektor	blieb im Amt
Müller-Lobwitz	i.d. Reichskanzlei	in Freiheit
Stubbendorf	i.d. Reichskanzlei	in Freiheit
Dr. Brederick	Pressechef	in Freiheit
Joh. W. Harnisch	Pressechef	in Freiheit
Dr. Grabowski	Propagandist	in Freiheit
Lensch, Kapitänslieutenant a.D.	im Presseamt	in Freiheit
v. Knobelsdorff, Oberleutnant	im Presseamt	in Freiheit
Alex de la Croix	im Presseamt	in Freiheit
v. Heimburg, Oberleutnant	im Presseamt	in Freiheit

Das Schicksal von 755 Offizieren, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, schildert Prof. Gumbel in seinem Buch „Zwei Jahre Mord“, dem auch die obigen drei Rubriken entnommen sind, wie folgt:

Einstellung des Verfahrens bei 486, Beurlaubung bei 91, Versetzung bei 57, Dienstenthebung bei 48 Offizieren. Disziplinarische Erledigung in 13, keine Entscheidung in 74, Verabschiedung in sechs Fällen.

Im Falle des Kapp-Putsches handelte es sich um den Sturz der Republik von seiten der militaristischen Reaktion zur Herstellung des volksfeindlichen Militärregimes.

### HAMBURGER OKTOBERKÄMPFER 1923

NAME	SCHICKSAL
Willi Willendorf	Todesstrafe, im Wieder- aufnahmeverfahren 12 Jahre Festung
Ernst Torell	Todesstrafe (bei der Verhaftung ein Auge aus- geschlagen), umgewandelt in 10 Jahre Festung
Wilhelm Dietrich	Todesstrafe beantragt 4 Jahre Festung
Enghusen	4 Jahre Zuchthaus
Groneberg	5 Jahre Zuchthaus umgewandelt in Gefängnis
Hugo Urbahns	10 Jahre Festung
Hans Rolfshagen	10 Jahre Festung
August Turzinski	8 Jahre Festung
Anton Becker	7 Jahre Festung
Richard Köppke	7 Jahre Festung
Paul Schult	7 Jahre Festung
Otto Schmidt	7 Jahre Festung
Hans Spannemann	6 Jahre Festung
Max Nieber	6 Jahre Festung
Max Wendt	6 Jahre Festung
August Scheel	6 Jahre Festung
Heinrich Frehde	6 Jahre Festung
Karl Scheel	6 Jahre Festung
Friedrich Neumann	6 Jahre Festung
Robert v. Appen	5 Jahre Festung
Heinrich Heitgres	5 Jahre Festung
Werner Eggers	5 Jahre Festung
Lina Becker	5 Jahre Festung
Köppen	5 Jahre Festung
A. Levi	4 Jahre Festung
H. Jensen	4 Jahre Festung
R. Schaible	21½ Jahre Festung

Im Falle des Hamburger Oktoberkampfes handelte es sich um eine Verteidigung der Lebensrechte des schaffenden Volkes, d. h. um eine fortschrittliche Bewegung, die sich gegen die Pläne der zum Angriff rüstenden faschistischen Verbände stellte.

HVZ, Sonnabend 23. Oktober 1948

# Die Lage in Hamburg. Anhaltender Widerstand der Putzschichten.

## Unsicherheit und Not im Kampfsgebiet.

Das furchtbare Unheil, das der kommunistische Putzsch über die friedliche Bevölkerung Hamburgs und besonders Warnembeks heraufbeschworen hat, spiegelt sich in allen Mittelungen wider, die uns bisher aus dem eigentlichen Kampfsgebiet zugegangen sind. Die Anwohner der Vogelweide wie der angrenzenden Straßenzüge, in denen während des ganzen gestrigen Tages erbittert gekämpft wurde, fühlten sich in aller Form belagert. Keine Post, keine Zeitung gelangte in ihren Besitz, so daß die tollsten Gerüchte unter den Hausbewohnern kursierten. Mer am Dienstag früh aus dem bedrohten Gebiet heraus umangefochten zur Arbeit gelangte, konnte sich glänzlich schätzen.

Ein Augenzeuge konnte beobachten, wie Dienstag früh die Errichtung von Barrikaden durch gefällte Straßenbäume, Herbeischaffung von Steinplatten und anderer Gegenstände, das Berl einer ganz kurzen Zeit war. In schnell ausgehobenen Schützengraben hatten sich die Putzschichten eingenistet. Von hier aus und hinter den Barrikaden beherrschten sie stundenlang den freien Platz Vogelweide zwischen Wohlborferstraße und Volksdorferstraße. Laute Kommandorufe erschallten: „Straße frei!“ Und schon knallten Schuß auf Schuß. Die oft ganz sinnlose Schießerei hat auch manches unschuldige Opfer gefordert. Denn auch von den Dächern einiger Häuser wurde blindwütig auf die Straße geschossen. So wogte den ganzen Tag der Kampf und die Unruhe hin und her.

Hamburger Echo v. 27. Oktober 1923

herein und mit ihr bemächtigte sich der Hausbewohner verstärkte Unruhe und Angst. Es wurde weiter geschossen. Um 6 Uhr kam ein Privatauto vom Volksteinschen Kamp her. Als es beschossen wurde, versuchten die Insassen zu entfliehen. Einer entkam, der andere wurde angeschossen. Um 1 Uhr herum wurde es wieder sehr lebhaft. Es mußte ein Gefecht stattgefunden haben. Die Stragen waren dunkel und völlig ausgeföhren. Um 5 Uhr zeigten sich die ersten Fußgänger, die zu ihrer Arbeitstätte wollten. Sie wurden angerufen: „Galt! Wer da! Hände hoch!“ So kam man an den Patronen der Ordnungspolizei vorüber in das unbedrohte Gebiet, nicht ohne unterwegs noch einige Male nach Waffen durchsucht zu werden.

## In der Innenstadt

war es bis auf die Vorgänge am Groß-Neumarkt nirgends zu Zusammenstößen gekommen. Wohl standen hier und da einige debattierende Menschen, um die herum sich dann die Neugierigen sammelten. Gegen 10 Uhr spitzte die Lage sich jedoch zu. In Sammlungen größeren Umfangs auf dem Groß-Neumarkt, dem Steinweg und teils bis zum Millerntor erforderten Eingreifen der Ordnungspolizei. Die Säuberung dieser Straßenzüge blieb nicht ohne Wirkung auf die angrenzenden Gebiete. Die Menschenmassen wichen über den Holstenplatz, den Valentinsplatz zurück, von der nachdrängenden Polizei stets in Bewegung gehalten. Wo die Menge sich zu stauen drohte, wurde durch Schreckschüsse die Starrheit gelöst. Ob es zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen ist, war nicht zu übersehen, doch ist sehr wahrscheinlich, daß es Verlechte gegeben hat. Die in Schürbrüchlung fahrenden Sammelwagen ließen darauf schließen.

# Schafft Arbeit und Brot! Bevor es zu spät ist!

Der Kommunistenputsch, dieser frevelhafte Versuch, die vom Hunger gepeinigten Proletariermassen auf die Barrikaden zu locken und im blutigen Straßenkampf der bolschewistischen Herrschaft über Deutschland die Bahn frei zu machen, ist gescheitert. Er wurde im eigenen Blut erstickt, mit den Waffen derselben Gewalt niedergeschlagen, an denen seine Urheber im vornehmlichen Irrsinn griffen.

Aber mit dem Putzsch ist nicht sein stärkster und gefährlichster Bundesgenosse, der Hunger, erliebigt. Die Not der Massen steigt unheimlich weiter, der Putzsch selbst hat sie noch vergrößert, von Tag zu Tag werden die Zustände fürchterlicher, und es ist nur noch eine Frage der Zeit: wann das Unheil von neuem losbricht!

So viel aber ist gewiß: was dann kommen muß, wenn es nicht bald gelingt, die verzweifelnden Massen vor dem Verhungern zu schützen, das wird nicht wieder ein nächstlicher Ueberfall auf einzelne Polizeiwachen sein, das wird nicht als tölpelhafte Putscherei nach einem heintätlich ausgefallenen Plan ausgeführt, dessen Drahtzieher fern vom Schuß sitzen, sondern das wird aufstreten im vollen Licht des Tages, als die ehrlichste, aber auch die fürchtbarste!

Revolle der Hungernden gegen die Besitzenden.

Dieser wahrhaftige Hungeraufstand wird nicht kommen wie der Dieb in der Nacht, er wird nicht damit anfangen, daß Arbeiter auf Arbeiter schießen, wie es bei dem kommunistischen Verbrechen gegen das eigene Volk geschah, er wird nicht in tölpelhaften Gesechten gegen die Polizeigewalt verpuffen, sondern seine Stiofkrast wird sich dorthin richten, wo die wirklich Schulbigen an dem heutigen Elend sitzen: gegen die Zwingsburgen

der kapitalistischen Wirtschaft, gegen die Banken, die sich weigern, das wertbeständige Geld herauszugeben, gegen die Betriebe, die ihre Löhre verschlossen halten oder sie nur öffnen wollen, wenn die Arbeiter sich weiterhin mit einer Löhnung zufrieden geben, die ihre Kaufkraft schon eingebüßt hat, bevor sie vom Arbeitsplatz nach Hause getragen ist.

## Internationale Konferenz zur Befestigung der deutschen Wirtschaft.

BRB. New York, 27. Oktober. Durch Funkpruch. Die „Associated Press“ meldet aus Washington: Die Meldung, daß Frankreich, Italien und Belgien die englischen Vorschläge auf Einberufung eines internationalen Sachverständigenausschusses zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands angenommen hätten, hat in amtlichen Kreisen in Washington die Hoffnung erweckt, daß damit ein Schritt zur Beilegung der Weltwirtschaftsfrage getan sei. Man erklärt an unabhängiger Stelle, daß sofern die Lage sich in diesem Sinne weiter entwickle, es als sicher erscheine, daß mit Zustimmung der Washingtoner Regierung zu dem zu ernennenden Sachverständigenausschuss amerikanische Mitglieder beitreten würden.

Weiter muß dazu angemerkt werden, daß Roimarcés Berührungswahrsinn auch diese Konferenz sabotieren will.

Hamburger Echo v. 27. Oktober 1923

# Rettet Deutschland!

Ihr habt keine Kartoffeln, kein Brot, keine Butter, keine Milch! – Helfen Euch Teuerungskrawalle? – Nein!

## Wir Kommunisten fordern:

Die Beschlagnahme aller Lebensmittel! – Verteilung durch die Gemeinden und Konsumgenossenschaften!

Helfen Euch die Faschisten? Die bewaffneten Banden der Konterrevolution? Die von den deutschen Großkapitalisten und der französischen Regierung bezahlten, verblühten Offiziere und Landsknechte oder die betrogenen, verarmten, empörrten Kleinbürger, Bauern und Intellektuellen, welche schamlos durch die Großkapitalisten mitgerissen und mißbraucht werden? **Nein!**

## Wir Kommunisten fordern:

1. Entwaffnung der faschistischen Banden!
2. Wirtschaftliche Rettung der Kleinbürger, Bauern und Intellektuellen!
3. Alle Waffen in die Hände der organisierten Arbeiter!

Ihr habt Hungerlöhne! Die Papiergeldscheine haben keinen Wert! Helfen Detachiermaßnahmen und Regierungserklärungen? **Nein!**

## Wir Kommunisten fordern:

Friedensreallohn für alle Arbeitenden! Erfassung der Sachwerte! Ins Zuchthaus mit den Wucherern und den Schiebern! Fort mit der

Herrschaft des Großkapitals, das Deutschland an die Entente verschachert!

Hilft Euch die „große Koalition“? Hilft Euch ein Bündnis der Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei, der Partei des Stinnes? **Nein!**

## Wir Kommunisten sagen Euch:

Fort mit der Großen Koalition! Nieder mit der Koalition von Stinnes bis Moste! Keine bürgerliche, keine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung kann Euch und Deutschland retten!

Die Arbeiter und der hungernde Mittelstand müssen sich selber helfen! Die Einheitsfront aller Werktätigen, gestützt auf die Betriebsräte, gestützt auf das bewaffnete Proletariat, die revolutionäre Regierung dieser Einheitsfront, sie allein kann Euch retten!

**Darum** schafft die Einheitsfront zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht! Kämpft für die Arbeiter- und Bauernregierung!

**Es lebe das Bündnis der revolutionären Arbeiter aller Länder! Es lebe das Bündnis mit Sowjetrußland!**

Berlin, August 1923

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Gründung der 3. Internationale)

(StA Hamburg)

# Wie viele Opfer gab es tatsächlich?

BILLSTEDT (st). „Schüsse in Schiffbek“ – unter diesem Titel berichtete das Wochenblatt über die Forschungsergebnisse der Sonnenländer Geschichtsgruppe unter der Leitung Erhard Dressels. Ihr Thema: der Schiffbeker Aufstand vom 23. Oktober 1923. Was sich damals in und um Billstedt ereignete und seither namhafte Historiker zu wissenschaftlichen Betrachtungen animierte, hat auch die Wochenblatt-Leser nicht unberührt gelassen:

Viele Zuschriften und zahlreiche Telefongespräche erreichten nicht nur die Redaktion, sondern auch die Sonnenländer Hobby-Historiker. „Unklarheit herrschte bei vielen immer noch über die genaue Anzahl der Opfer, die es damals in Schiffbek zu beklagen galt“, berichtet Erhard Dressel. „In ganz Hamburg sollen es Hunderte gewesen sein. Und auch in der einschlägigen Literatur gibt es darüber nur ungenaue Zahlen.“

Einen wichtigen Hinweis bekam die Historiker-Gruppe von Frau Paap aus Horn. Sie übergab dem Stadtteilprojekt Sonnenland ein altes Foto ihrer Mutter, die 1923 am Schiffbeker Weg in den Zinkhäusern von der Reichswehr erschossen wurde. Die von einem Panzerwagen abgefeuerte Kugel durchdrang dabei zunächst das Fensterkreuz und dann auch noch den Kleiderschrank. Die Frau wurde im Oberschenkel getroffen und verblutete in ihrer Wohnung. Sechs Kinder wurden Waisen.

Zur selben Zeit wurden im Schiffbeker Weg ein älterer Handwerker, ein Klempner und ein 13jähriger Junge erschossen. Wie viele Schiffbe-



Dieses historische Foto zeigt Marie Lose. Die Mutter von sechs Kindern war eines der vielen Opfer des Schiffbeker Aufstandes von 1923. Von einer verirrten Kugel verletzt, verblutete sie in ihrer Wohnung.

ker und wie viele Reichswehrosoldaten den Kämpfen letztendlich zum Opfer fielen, war aber auch durch die Augenzeugen nicht zu ermitteln.

Erhard Dressel ein weiteres Telefonat. „Im Glockenturm hatte man zur Sicherung der Straße zwei Maschinengewehre postiert.“ Von den Soldaten der Reichswehr wird berichtet, daß sie sich in der Gaststätte Peters an der Ecke zur Möllner Landstraße verschanzt hatten. Hier sollen gefangen genommene Revolutionäre dann auch verhört und verprügelt worden sein.

Herr Hübner aus Billstedt stellte fest, daß Panzer und Flugzeuge 1923 nach dem Versailler Vertrag verboten waren: „Die hätte es damals also gar nicht geben können.“ Eine Auffassung, der die Geschichtsgruppe Sonnenland aber energisch widerspricht: „Mehrere Augenzeugen erinnern sich heute noch an schwer gepanzerte Schützenwagen, die vielfach als wahre Ungetüme beschrieben werden. Auch zwei Doppeldecker wurden während der Unruhen im Tiefflug über Schiffbek eingesetzt.“

AUS DER GESCHICHTE DER EIMSBÜTTELER

ARBEITERBEWEGUNG

No. 2/1983 DKP Eimsbüttel

**VOR 60 JAHREN  
23. OKTOBER 1923**

Preis: Solidaritätsspende

**Hamburger Oktober-Aufstand!**



**HEINRICH VOGELER:  
HAMBURGER WERTFARBEITER (1928)**

Die revolutionären Hamburger Wertfarbeiter und ihren Aufstand im Oktober 1923 ehrt Vogeler mit dem „Hamburger Wertfarbeiter“, in der Vergangenheit mitunter auch „Hamburger Genosse“ benannten Gemälde.

## 1993 – Programm zum 70. Jahrestag des Hamburger Aufstandes

**FREITAG, 22.10.93, 19.00 UHR**

**GEDENKSTÄTTE ERNST THÄLMANN, THÄLMANNHAUS, TARPENBEKSTR. 66**

Filmvorführung „Der Hamburger Aufstand“ (1971) von Klaus Wildenhahn und Gisela Tuchenhagen. Der Film enthält zahlreiche Interviews mit Teilnehmern des Hamburger Aufstandes u.a.: Martha und Harry Naujoks, Wilma und Rudi Giffey, Robert Mause u.a.. Eine weitere Grundlage für den Film war Larissa Reisners anschauliche Reportage „Hamburg auf den Barrikaden“, die auf ihren ERlebnissen bei einem Besuch im November 1923 beruht: „Sie lebte bei den verlassenen Frauen der Hamburger Kämpfer, suchte Flüchtlinge in ihren Schlupfwinkeln auf, ging in die Gerichtssäle, in die sozialdemokratischen Versammlungen.“ (Karl Radek in einem Vorwort, 1926). Als Zeitzeugen nehmen teil: Rudi Giffey (Jg. 1907) Mitkämpfer in Schiffbeck, Wilma Giffey, Tochter des militärischen Leiters in Schiffbeck, Fiete Schulze, Paul Evert, Besucher der Bürgerschaftssitzung am 24.10.1923 und andere.

**SONNABEND, 23.10.93, 10.00 UHR**

**GEDENKSTÄTTE ERNST THÄLMANN**

Zum Hamburger Aufstand 1923, Vortrag von Professor Dr. Günter Hortzschansky, Berlin, Mitverfasser der Thälmann-Biographie (1979), anschließend Diskussion.

**SONNTAG, 24.10.93, 15.00 UHR GEDENKSTÄTTE**

**KZ FUHLSBÜTTEL, TORHAUS, SURENKAMP 98**

Berichte aus Verfolgung und Widerstand: Otto Gröllmann, Teilnehmer am Hamburger Aufstand 1923 und später Häftling im KZ Fuhlsbüttel, berichtet.

**MONTAG, 25.10.93, 20.00 UHR**

**ZINNSCHMELZE, MAURIENSTR. 19 BEIM MUSEUM,**

**KOSTENBEITRAG: 3.- DM DER ARBEIT**

70 Jahre Hamburger Aufstand – ein Jubiläum für Nostalgiker oder Zeit für eine Neubewertung. Neuere Forschungsergebnisse und Einschätzungen von:

- Angelika Voß-Louis, Historikerin, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg
- Dr. Stefan Weber, Historiker, Berlin
- Hans-Kai Möller, Historiker, Willi-Bredel-Gesellschaft-Geschichtswerkstatt e.V., Hamburg
- Josef Bergmann, Historiker, Gruppe Arbeitspolitik, Hamburg

**ES BETEILIGTEN SICH:**

Willi-Bredel-Gesellschaft e.V., Gedenkstätte Ernst Thälmann, DKP-Hamburg, VVN, BdA und GAL-Nord

## 70 Jahre Hamburger Aufstand



In der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober begann in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs der bewaffnete Aufstand gegen den Senat und die Reichsregierung. Die Gefechte zwischen bewaffneten Arbeitern und Polizisten in Barmbek, Schiffbek, Eimsbüttel, Altona und Horn dauerten bis in die Morgenstunden des 25. Oktober 1923.

Aus: Mitteilungsblatt GAL Nord - Okt.1993

## XVIII. **Schlußbemerkung**

Der Einfluß der Kommunisten bei Wahlen in der Weimarer Republik war bemerkenswert. Heute sieht es bei uns erheblich anders aus. Kommunisten und andere linke sozialistische Parteien finden bei Wahlen - zumindest in den alten Bundesländern - wenig Beachtung. Heute übt eine große Zahl der Wähler, ca. 40%, einfach Stimmenthaltung. Das bedeutet doch, daß bei vielen das Vertrauen zu diesen sogenannten „Volksparteien“ abhanden gekommen ist.

Viele mögen bisher den Hamburger Aufstand und seine aktive Unterstützung durch die KPD als Putschismus und Terrorismus abgetan haben. Wir hoffen, daß durch die Schilderung der Ereignisse von 1923 die Kommunisten bei Leserinnen und Lesern in einem anderen Licht erscheinen. Eine vorurteilslosere Betrachtungsweise kann gerade für die heutige Zeit Bedeutung haben. Denn was bringt eine Verteufelung dieser Männer und Frauen und aller Beteiligten, was soll ein Totschweigen von historischen Ereignissen bewirken? Wofür soll es gut sein? Zu Geschichtsverdrehungen in alter und „moderner“ Form können wir nicht schweigen.

Jeder sollte sich darüber eine Meinung bilden. Besonders Bürger von Billstedt und Horn, die sich an damalige Ereignisse erinnern oder davon gehört haben, ob sie nun Rentner/-innen sind oder nicht, sollten heute nicht abseits stehen.

Außerdem wäre eine Diskussion über diese Zeit wünschenswert. Ich glaube nicht, daß sich die Kämpfe von 1923 kopieren oder wiederholen lassen. Aber es lohnte sich, ein wichtiges Ereignis der 20er Jahre noch einmal aufzugreifen und es darzustellen. Denn die Suche nach Wegen und Methoden des Widerstands gegen gesellschaftlichen Rückschritt durch Grundgesetzänderungen, nach Wegen zu einer sozialen Gesellschaft, sind heute wie damals angesagt.